Nr. 213. 13. Jahrg.

Erscheint täglich außer Montags. Abonnements-Preis pränum.: Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg., Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1896 unter Nr. 7277.

Vorwärts
Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Freitag, den 11. September 1896. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Die politische Erstarrung in Italien.*)

Von Professor Enrico Ferri.

I.

Als sich im vergangenen März Italien infolge der afrikanischen Niederlagen von seiner Schwärmerei für Militarismus und Kolonialpolitik abwandte, die im Begriff waren, es bis auf den letzten Blutstropfen auszusaugen, wurde das Ministerium Ricotti-Rudini, das sich der Kammer als Nachfolger des Ministeriums Crispi vorstellte, von den früheren Oppositionsparteien einschließlich der Radikalen mit Enthusiasmus als Vorbote einer neuen Aera des politischen und sozialen Lebens begrüßt. Nur die sozialistische Partei, die durch ihre wissenschaftliche Auffassung und Entwickelung allein befähigt war, das wirre Getriebe der Ereignisse klar zu durchschauen, erklärte durch mich, daß sie dem neuen Ministerium kein Zutrauen entgegenbringe, da dasselbe trotz seiner Zusammensetzung aus persönlich ehrenhaften Männern — dem einzigen Fortschritte gegenüber dem Ministerium Crispi — nicht umhin könne, an der nämlichen Politik festzuhalten. „Der Dirigent des Orchesters hat gewechselt", so rief ich in der Kammer aus, „aber die Musik bleibt die gleiche und wird die gleiche bleiben, trotz des Wechsels der Tonart, in welcher das neue Ministerium spielen wird. Denn dieses Ministerium ist nichts mehr als der weltliche Arm der beiden Mächte, welche hinter den Kulissen unsere ganze Politik beherrschen, der Klasse der Grundeigenthümer und der Monarchie." Damals erklärte und begründete ich wiederholt im Namen der Sozialisten unsere prinzipielle Gegnerschaft gegen Monarchie und Militarismus. Meine Angriffe, die viel Lärm hervorriefen, sind — leider — durch die über Erwarten rapide Folge der Ereignisse in der eklatantesten Weise gerechtfertigt worden.

Italien, als Nation zwar noch jung, ist als Volk sehr alt. Ueber zwei Jahrtausende der Zivilisation, d. h. der Erschöpfung, hat es durchlebt. Es zeigt überall auf dem Gebiete des Wirthschaftslebens wie der Politik jenen Immobilismus, jene Unfähigkeit, neue Formen anzunehmen, jene Abneigung, neue Wege einzuschlagen, kurz jene Erstarrung, welche bei allen Organismen als eigenthümliche Folge der Greisenhaftigkeit auftritt. Die große Uebermacht der Grundbesitzerklasse und die monarchische Staatsform sind Ursache wie auch gleichzeitig Wirkung und Symptom dieser politischen Starrheit. Man wechselt die Ministerien immer und immer wieder, aber die Richtung der Politik, der inneren wie der äußeren, bleibt stets die gleiche — abgesehen vielleicht von den unwesentlichen und nur formellen Unterschieden, welche sich aus dem persönlichen Temperament des jedesmaligen Regierungsleiters ergeben. Thatsächlich hat auch das Ministerium Rudini, das von der öffentlichen Meinung als Heiland und Retter der Sittlichkeit, der Gerechtigkeit, der Freiheit begrüßt wurde, nachdem es dieser erwartungsvollen Stimmung des italienischen Volkes einige wenige Konzessionen gemacht hatte — wie z. B. die theilweise Amnestie der von den Militärgerichten verurtheilten Sozialisten — bereits wieder Halt gemacht. Die Niederträchtigkeiten des domicilio coatto (wörtlich: Zwangswohnsitz), einer Art Internirung auf administrativem Wege, die von allen europäischen Ländern außerdem nur noch Rußland kennt, sind fortgesetzt an der Tagesordnung, obschon man einer gewissen Anzahl der „Konfinirten", d. h. in einen Zwangswohnsitz Eingesperrten — natürlich auf dem Wege administrativer Maßnahmen, d. h. nach Gunst und nicht nach Gerechtigkeit — eine bedingte Freiheit gegeben hat. Aber wenngleich der Kassationshof entschieden hat, daß man nicht das Recht besitzt, die solchergestalt Befreiten einer besonderen polizeilichen Ueberwachung zu unterwerfen, die fast ebenso lästig und chikanös wirkt wie das domicilio coatto, fährt die Polizei unbekümmert fort, diese Sonderaufsicht auszuüben. Die Achtung vor dem Gesetz existirt nicht einmal bei der Regierung. Sie thut, was sie will, und erstaunt dann, wenn die Anarchie, die von oben her in das Volk eindringt, in den anarchistischen Neigungen der unteren Volksschichten ihr Gegenstück findet.

Und das ist nicht der einzige Fall jener frivolen Verhöhnung des Gesetzes. Wenngleich nämlich die Ausnahmegesetze gegen die Sozialisten am 31. September 1895 gefallen sind, beginnt nun das Ministerium Rudini, nachdem es während des Honigmonds seiner Existenz das Vereins- und Versammlungsrecht unangetastet gelassen, wieder umzukehren und in die Bahnen der Reaktion einzulenken. Hat man doch nach Schluß der Kammer schon das früher so häufige Schauspiel der Auflösung sozialistischer Wahlversammlungen durch die Polizei erlebt, ganz wie zur Blüthezeit der Crispinischen Korruption. Auch hat das Ministerium Rudini ein geheimes Zirkular zum Zweck einer Enquete über die sozialistische Bewegung versendet, vielleicht in Hinblick auf die allgemeinen politischen Wahlen, die man bisweilen ankündigt, an die ich aber nicht glaube.

Einige radikale Abgeordnete, darunter Cavallotti, sind Crispi auch vom Standpunkte der Moral aus zu Leibe gegangen und verlangten von dem Ministerium Rudini, es solle der Gerechtigkeit gegen das politische Brigantenthum des verflossenen Ministeriums, das uns in den Belagerungszustand und in das afrikanische Unheil gestürzt hat, freien Lauf lassen. Das Ministerium Rudini hat nichts dergleichen gethan. General Baratieri, dem die Verantwortung für unser afrikanisches Mißgeschick obliegt, ist von dem Kriegsgericht freigesprochen worden und wird voraussichtlich den Rest seines Lebens eine Staatspension beziehen, wie ähnlich Crispi schon eine Anweisung auf 28 000 Fr. für die von ihm dem Staate erwiesenen Dienste erhalten hat.

Die Sozialisten haben den Radikalen immer vorgehalten, daß sie trotz ihrer persönlichen Energie im Kampfe noch nichts erreicht haben, da sie blos die Individuen bekämpfen, ohne die Klasse ins Auge zu fassen, während doch die Individuen nur die Vertreter, gewissermaßen nur die Wirkungen, die Erscheinungen der Klasse sind. So ist zum Beispiel Cavallotti als politischer Kämpfer eine bewunderungswürdige Gestalt. Aber trotz der außerordentlichen Geschicklichkeit und Energie, die er gegen Crispi entwickelt hat, würde dieser noch immer am Ruder sein, wenn ihn nicht die afrikanische Niederlage ereilt hätte, nach welcher man ihn fallen ließ, weil man sah, wie die Entrüstung des Volkes sich gegen eine über Crispi befindliche Stelle richtete, nämlich gegen die Monarchie selbst!

Der Wechsel des Ministeriums hatte zur Folge nur eine Abnahme der Erbitterung des Volkes, ohne bei der politischen Erstarrung etwas zu ändern. Crispi selbst reiste in Italien umher, behütet, geschützt, geehrt von den Polizeibehörden und erst vor wenigen Tagen wurde er von einem Senator, dem Präsidenten des Appellhofes in Rom, zum Schiedsrichter in einem Streit zwischen dem Minister der öffentlichen Arbeiten und einem Unternehmer ernannt. Auf der andern Seite fährt Rudini, obgleich er über die Bedeutung und Wichtigkeit des Sozialismus weit besser unterrichtet ist, in der alten unliberalen Unterdrückungspolitik gegen die sozialistische Partei fort. In der Kammer erklärte er, daß der Klassenkampf vom Strafgesetzbuch verboten sei und daß er keiner Partei erlauben würde, die Fahne desselben zu entfalten! . . . Die sozialistische Partei erwiderte ihm in einer Rede von Turati, dem jüngst gewählten Abgeordneten von Mailand, daß den Klassenkampf bestrafen soviel hieße, wie dem Vorbilde des Xerxes folgen, der das Meer durchpeitschen ließ.

In der sizilianischen Frage, über welche die Kammer solch' ausführlichen akademischen Diskurs gehalten, wobei Rudini die obenerwähnte Erklärung abgab, war es wiederum die sozialistische Partei, die einem Zivilkommissär, der mit außerordentlichen Vollmachten nach Sizilien geschickt wurde, ein Memorandum mit Reformvorschlägen überreichte, die allein den krampfartigen Anfall, welcher die fruchtbare Insel heimgesucht, zu mildern vermocht hätte. Aber es ist leider unschwer vorauszusehen, daß der status quo, der gegenwärtige Zustand, auch in der sizilianischen Frage noch andauern wird, da die Regierung erklärt hat, daß sie eine Reorganisation des Proletariats unter dem Banner des Klassenkampfes nie und nimmer zulassen werde,

*) Im französischen Original heißt es: L'immobilisme politique en Italie — wörtlich: „Die politische Unbeweglichkeit (Bewegungslosigkeit, Regungslosigkeit) in Italien". Wir glauben jedoch, daß der wörtlich dem Original nicht ganz entsprechende Ausdruck Erstarrung richtiger den Sinn trifft.

70]

Rienzi.

Der letzte der römischen Volkstribunen.

Roman von Edward Lytton Bulwer.

Drittes Kapitel.

Der Held der Geschichte ohne Maske.

„Im Rausch," sagt das Sprichwort, „verrathen die Menschen ihren wahren Charakter." Der Rausch, den das Glück veranlaßt, kann eben so sehr die Wahrheit verrathen, als der des Weines. Der Firniß der Macht setzt sowohl die Fehler, als auch die Schönheiten des menschlichen Porträts in helleres Licht.

Die beispiellose und fast wunderbare Erhebung Rienzi's von dem Range eines päpstlichen Beamten zu dem Oberhaupte Roms würde als ein noch größeres Wunder erschienen sein, wenn sie den Tribunen nicht, sei es auch nur im geringen Grade, verblendet und verführt hätte! Menschen, die in wohlgeordneten Staaten und in ruhigen Zeiten nach und nach, Schritt für Schritt, emporsteigen, gewöhnen sich an ihr wachsendes Glück. Aber der Sprung in einer Stunde von einem Bürger zu dem ersten Mann im Staate, von dem Schlachtopfer der Unterdrückung zu dem Organ der Gerechtigkeit, ist ein zu schneller Uebergang, als daß er nicht das nüchternste Gehirn sollte schwindeln machen. Und vielleicht wird dieser Uebergang im Verhältniß zu der Einbildungskraft, dem Genie des Mannes gefährlich sein, zu übertriebene Hoffnungen anregen, und den Ehrgeiz über seine Kräfte spannen. Die Eigenschaften, denen er seine Erhebung verdankt, beschleunigen seinen Untergang, und der Sieg drängt ihn zur Vernichtung.

Rienzi entfaltete während seiner Größe weniger neue Eigenschaften, als daß er seine früheren in glänzenderem Lichte und tieferem Schatten entwickelte. Von der einen Seite war er gerecht, entschieden, der Beschützer der Unterdrückten, der Schrecken der Unterdrücker. Sein ausgezeichneter Geist beleuchtete jeden Gegenstand, dem er sich zuwendete. Indem er vielfache Mißbräuche in der Verwaltung aufhob und durch genaue Prüfung und weise Vertheilung der Finanzen die Abgaben erleichterte, hatte er die Einkünfte der Stadt ohne eine einzige neue Auflage verdreifacht. Seinen Begriffen von Freiheit getreu, hatte er durch den Wunsch des Volkes sich nicht hinreißen lassen, eine despotische Herrschaft anzunehmen, sondern, wie wir gesehen haben, den parlamentarischen Rath der Stadt erneuert und mit vermehrter Macht bekleidet. So ausgedehnt auch sein eigener Wirkungskreis war, so überließ er doch alle Verwaltung und die oberste Entscheidung dem Volke. Er erklärte stets, daß er nur in dessen Namen regiere und vollzog nie irgend eine wesentliche Staatshandlung, ohne dem Volke seine Gründe und deren Rechtfertigung vorzulegen. Seinem Wunsche gemäß, ebenso das Glück als die Freiheit Roms wieder herzustellen, hatte er die erste glänzende Epoche seiner Macht benutzt, um jenen großen Föderativbund mit den italienischen Staaten vorzuschlagen, welcher, wie er richtig bemerkte, Rom zu dem Haupt der europäischen Nationen erhoben haben würde. Während seiner Regierung war der Handel und Verkehr gesichert, die Wissenschaften wurden begünstigt, die Künste blühten empor.

Von der andern Seite setzte das Glück, das seine Gerechtigkeit, seine Vaterlandsliebe, seine strenge Rechtlichkeit, seine Tugenden und sein Genie hervorhob, nicht weniger das stolze Bewußtsein seiner Ueberlegenheit, seine Prachtliebe und den zu wilden und kühnen Uebermuth seines Ehrgeizes in helles Licht. Wenn er auch zu gerecht war, durch Wiedervergeltung die Gewaltthätigkeiten der Patrizier zu bestrafen, wenn auch während seiner unruhigen und stürmischen Regierung keine einzige unverdiente oder ungesetzliche Hinrichtung eines Patriziers oder eines Bürgers selbst durch seine Feinde ihm zur Last gelegt werden konnte, so verweigerte er doch, die weniger zu entschuldigende Schwäche Nina's theilend, seinem stolzen Herzen das Vergnügen nicht, diejenigen zu demüthigen, die ihn früher als Plebejer, als Spaßmacher verachtet hatten, und die selbst jetzt, hinter seinem Rücken, ihn schmähten. Alle diese Barone, sagt sein Biograph, standen, während er saß, mit entblößten Häuptern, mit niedergesenkten Blicken, mit vor der Brust gekreuzten Händen vor ihm, o wie fürchteten sie ihn! Ein Gemälde, welches der niedrigen Feigheit der Patrizier mehr zur Last legt, als dem strengen Stolz des Tribunen. Er mochte es auch mal für nothwendig halten, den Geist seiner Feinde zu brechen und in Schrecken und Furcht zu setzen, die zu versöhnen eine eitle Hoffnung gewesen wäre.

Seine Prachtliebe war leichter zu entschuldigen; es war die Sitte der Zeit, es waren die Beweise und Zeugen seiner Macht, und wenn neuere Geschichtsschreiber ihm vorwerfen, daß er die Einfachheit eines alten Tribunen nicht nachgeahmt habe, so verrathen sie dadurch eine Unkunde des Geistes jener Zeit und des eitlen Volkes, über welches das Oberhaupt Roms damals regierte. Seine glänzenden Feste, seine feierlichen Prozessionen, verschönert und verfeinert durch eine reiche Einbildungskraft, immer begleitet durch volksthümliche Insignien, und beabsichtigend, Freude anzuregen über die wiedererhaltene Freiheit und den Sinnen die Majestät des wiederbelebten Roms zugänglich zu machen. Diese Schauspiele, mögen sie auch in einem erleuchteteren Zeitalter und durch Stubengelehrte aus andern Gesichtspunkten betrachtet werden, trugen dennoch dazu bei, den Einfluß des Tribunen im Auslande zu vermehren und der Eitelkeit eines prunksüchtigen Volkes zu schmeicheln. Auch der Geschmack verfeinerte sich, der Luxus nahm die Thätigkeit vieler Menschen in Anspruch, und Fremde aus allen Staaten wurden durch den Glanz eines Hofes herbeigezogen, an dem unter republikanischem Namen ein so junges und schönes Paar die erste Stelle einnahm, gleich ausgezeichnet durch Genie, Talent und Schönheit. Es war in der That ein blendender und königlicher Traum in der langen Nacht Roms, das seines Papstes und dessen glänzenden Gefolges beraubt war, jene Festtagsregierung des Cola di Rienzi!

(Fortsetzung folgt.)

obgleich diese zielbewußte Organisation allein fähig sein würde, die sizilianischen Grundeigenthümer zu den nothwendigen Fortschritten im Landwirthschaftsbetriebe und zu einer Reform der Munizipalverwaltung zu veranlassen, welche sich gegenwärtig noch ganz in den mittelalterlichen Formen bewegt.

Politische Uebersicht.

Berlin, 10. September.

Ein englisches Blaubuch über die deutschen Kolonien in Afrika und der Südsee ist soeben vom englischen Foreign Office (Auswärtigen Amt) veröffentlicht worden. Wir kennen es vorläufig nur aus dem Resumee des Londoner „Standard". Hiernach ist der Inhalt keiner, der den deutschen Kolonialpolitikern gefallen wird. Namentlich gilt das von den afrikanischen Kolonien, die bisher keine materiellen Vortheile (und moralische erst recht nicht) geliefert haben, viel kosten, und auch für die Zukunft keine Vortheile versprechen. Deutsche Kolonisten sind seltene Artikel in den deutschen Kolonien. Die Deutschen kommen und gehen — wenn sie nicht vorher sterben.

Im Togoland sind nur 100 Weiße, darunter 70 Deutsche, und die weiße Bevölkerung hat nicht eine Heirath, nicht eine Geburt aufzuweisen. Von den 70 deutschen sind 22 Beamte und 22 Missionäre. In Kamerun hat die weiße Bevölkerung im Laufe des Jahres um einen Kopf abgenommen, und zählt gegenwärtig 230, „was vom Standpunkt des Kolonisirens aus nicht gerade befriedigend ist". Auch hier bilden Beamte und Missionäre den Hauptheil der Bevölkerung. Die Vermehrung der weißen Bevölkerung in Südwestafrika ist ausschließlich dem Umstande zu danken, daß gegen 100 Boeren eingewandert sind. Aus Deutschland selbst kommen fast keine Ansiedler, meistens nur ausgediente Soldaten, die sich vielleicht als Krämer und Handwerker niederlassen — „vielleicht auch nicht", wie der Bericht trocken beifügt.

Die gesammte weiße Bevölkerung von Ostafrika beträgt 600, und „wenn man von den Heuschrecken, der Dürre, der Hungersnoth und dem hohen Wechselkurs absieht, sind die Aussichten nicht ungünstig" — sagt der Bericht.

So viel nach dem Resumee des „Standard".

Sage man nicht, die Engländer seien parteiisch und neidisch. Unsere Kolonien uns zu beneiden, ist fürwahr nicht gut möglich; und bisher haben die englischen Berichte über unsere Kolonien sich zuverlässiger erwiesen, als die deutschen. —

Daß die scheußlichsten Gewohnheitsverbrecher in der Sozialdemokratie ihr Wesen treiben, dafür hat eine hervorragende Ordnungsstütze einen überzeugenden Beweis in dem monatlichen Strafverzeichniß unserer Partei entdeckt. Gesinnungstüchtige Blätter drucken mit Behagen folgendes Machwerk nach:

Ein sozialdemokratischer „Märtyrer" eigener Art wird in der „Konservativen Korr." wie folgt vorgestellt: In dem Märtyrerverzeichniß, das der „Vorw." allmonatlich unter der Rubrik: „Unterm neuesten Kurs" veröffentlicht, fallen einzelne Namen auf, die immer wiederkehren. Der Drang zum sozialdemokratischen Märtyrerthum muß also bei diesen „Genossen" ein unbezähmbarer sein. Wir finden beispielsweise einen solchen ruhmreichen Märtyrer in den, die Monate Juni, Juli und August umfassenden Verzeichnissen des „Vorwärts" (Nr. 157, 187 und 208) nicht weniger als achtmal. Das Strafregister dieses Märtyrers, des Erfurter „Genossen" Wiertelarz lautet wie folgt:

11. Juni	wegen Beleidigung eines Friedhofswärters 400 M. Geldstrafe,
11. „	wegen Bürgermeister-Beleidigung 2 Mon. Gefängniß.
16. „	wegen Beleidigung 2 Monate Gefängniß,
26. „	wegen groben Unfugs 50 M. Geldstrafe,
30. „	wegen groben Unfugs in 2 Fällen 60 M. Geldstrafe,
15. Juli	wegen Beleidigung zweier Staatsanwälte 50 M. Geldstrafe,
22. „	wegen groben Unfugs in 3 Fällen 50 M. Geldstrafe,
4. August	wegen Beleidigung eines Staatsanwalts 2 Monate Gefängniß.

Das ist, wie es scheint, ein Märtyrer, auf den die Sozialdemokratie stolz sein kann. Die Arbeiterschaft wird sich aber doch wohl fragen müssen, ob ein Mann, der innerhalb dreier Monate dreimal wegen groben Unfugs (in zusammen sechs Fällen) und fünfmal wegen Beleidigung verurtheilt ist, als Opfer der „Klassenjustiz" oder nicht vielmehr als gemeingefährlicher Randalist betrachtet werden müsse. Durch diesen „eigenartigen" Märtyrer wird das betreffende Monatsverzeichniß des „Vorwärts" auf das zutreffendste illustrirt.

Da ist also der pp. Wiertelarz als „gemeingefährlicher Randalist" an den Ordnungspranger geschlagen. „Geschieht ihm recht", wird der wackere Philister, der den Ordnungspranger liest, mit Behagen erklären. Ein Mann, der fortgesetzt „groben Unfug" verübt, also doch wohl Fensterscheiben einschlägt und außerdem mit Beleidigungen gegen Staatsanwälte, Friedhofswärter und andere Ordnungshüter um sich wirft, muß dem Philister ein Gruseln verursachen. Schade nur, daß die „Konservative Korrespondenz" vergessen hat mitzutheilen, daß Genosse Wiertelarz — Zeitungsredakteur ist und daß er als solcher sich die aufgeführten Strafen durch sogenannte Preßvergehen zugezogen hat. Diese nothgedrungene Ergänzung der obigen Mittheilung zerstört zwar den Nimbus des „Randalisten". Wir sind der „Konserv. Korr." aber doch dankbar für ihre Enthüllung. Sie hat, ihrer selbst unbewußt, dadurch eine treffliche Satire auf unsere heimischen Preßverfolgungen und die Anwendung des „Groben Unfug"-Paragraphen geliefert. —

„Der Nazarener." Das vielköpfige und vielörtliche Prozeßverfahren wegen der, das Leben und Wirken Christi im Spiegel seiner Zeit behandelnden Erzählung der „Neuen Welt" hat auch in Berlin bekanntlich schon zu einer Haussuchung geführt, wie seinerzeit erwähnt ward. Nun hat auch der in Berlin-Charlottenburg wohnende Verfasser der Erzählung für den 30. d. M. eine Vorladung vor das Amtsgericht Charlottenburg erhalten. Wir erwarten mit Spannung den weiteren Verlauf dieser Prozeßangelegenheit, die die eigenartige Entwickelung der deutschen Rechtspflege und des deutschen Juristenhirns am Ende des 19. Jahrhunderts in grelles und helles Licht stellt. —

Bezüglich des Zarenbesuches konstatirt ein Oberreptil in der „Kölnischen Zeitung" mit schmunzelnder Genugthuung, „zwischen den beiderseitigen Staatsmännern habe man eine große Aehnlichkeit der grundliegenden Ansichten und nächsten Ziele feststellen können. Bei der Verurtheilung Deutschlands haben wir an dieser „großen Aehnlichkeit" niemals gezweifelt. Das nämliche Oberreptil behauptet, der Zarenbesuch in Deutschland habe den französisch-russischen Zweibund „mit einigem Blei" belastet. Hoffentlich wird dieses „Blei" nicht von anderen Kannegießern zum Gießen von Kugeln benutzt. —

Der unsichtbare Zar. Die modernen russischen Zaren haben bekanntlich trotz ihrer Gottähnlichkeit und Allmacht eine höllische Angst vor dem Volk. Es muß erst eine Uniform anhaben, ehe sie ihm zu nahen wagen. Und diese Zarenkrankheit hat sich mit jeder Zarengeneration vermehrt. Der vorige war schon menschenscheu — der jetzige ist es in noch weit höherem Maße. Spitzel und Soldaten — das sind so ziemlich die einzigen Leute vom „Volk", die ihn bei seinem Besuch in Deutschland gesehen haben. Die Zeitungs-Berichterstatter ließen den Zar in Breslau und Kiel durch hunderttausende jubelnder Menschen hindurchfahren — alles Reporterphantasie. Einer, der in Kiel dabei war, schreibt lakonisch: „Der Zar ist in Kiel gewesen, aber niemand hat ihn gesehen." Und aus den „Breslauer Kaisertagen" schreibt die „Breslauer Zeitung":

> Die für uns Schlesier geradezu lächerliche Furcht der russischen Geheimpolizei ging so weit, daß die an den alten Garten des Landeshauses anstoßenden Nachbargärten durch eine Postenkette abgeschlossen waren waren, so daß der Zar selbst im eigenen Garten immer unter „geheimem Schutz" stand. Offiziell waren nur der russische Staatsrath Rakowski und der Direktor des russischen Telegraphenbureaus in Paris, Deffrout, welche beide mit der Ueberwachung der Nihilisten in Frankreich betraut sind, in Breslau anwesend und zwar mit nur acht Beamten, in Wirklichkeit aber waren Dutzende von russischen Geheimpolizisten vorhanden, und die einzige Furcht, die man hegen konnte, war, daß unter diesen zweifelhaften Elementen etwa einer das Bedürfniß gefühlt hätte, ein kleines Schein-Attentätchen loszulassen, das dann zur größeren Ehre der russischen Spitzel rechtzeitig „entdeckt oder verhindert" worden wäre. Auf deutscher Seite besorgten den Sicherheitsdienst die Kriminalkommissare v. Bodungen und Dr. Henninger für den Zaren, v. Tausch nebst 35 Beamten der politischen Polizei für unseren Kaiser. Vor dem Eintreffen des Monarchen in Breslau wurden das Schloß und das Ständehaus von deutschen und russischen Beamten sorgfältig revidirt. Im Stadt-Theater wurden sogar die Kellerräume durch russische Geheimpolizisten kontrollirt; im Theater selbst waren diese nutzlosen „Beschützer" überreich vertreten.

In der Wiener „Neuen freien Presse" lesen wir: Ein schlesischer Landtags-Abgeordneter erzählt zum Kapitel der Sicherheitsmaßregeln, daß von russischer Seite die völlige Räumung des an das Landeshaus, wo bekanntlich der Zar wohnte, grenzenden Privathauses gewünscht worden war, man wollte sogar das Haus kaufen. Indeß erklärte die hiesige Regierung, daß keinerlei Sorge zu hegen sei; man kenne sämmtliche Inwohner ganz genau und sei vollauf beruhigt.

Glückliches Väterchen! —

Die englischen Trades-Unions sind in Deutschland bekanntlich die Lieblinge unserer Bourgeoisie. Auch in England waren sie es während des letzten Internationalen Sozialistenkongresses, wo die liberale und konservative Presse in Liebkosungen wetteiferte, um die guten praktischen Trades-Unionisten gegen die bösen und unpraktischen Sozialisten aufzuhetzen und auszuspielen.

Das ist aber jetzt vergessen. Der Trades-Unions-Kongreß, der seit dem 7. d. Mts. in Edinburgh tagt und die Macht englischer Arbeiterorganisationen zeigt, hat den ganzen Haß der englischen Bourgeoisie gegen die Trades-Unions wachgerufen, die, wenn auch noch nicht durchweg für den Sozialismus gewonnen, doch keine Hirsch-Dunckerschen Lämmerschwänzchen sind und den echten und rechten Klassenkampf kämpfen.

Die Zeitungen, wie die „Times", „Standard" u. s. w., die vor 6 und 7 Wochen den Trades-Unionisten Honig um den Bart geschmiert haben, schimpfen sie heute Querköpfe, Phantasten und Umstürzler, die im Grunde um kein Haar breit besser seien, als die „hirnverbrannten Sozialisten".

Es zeigt dies, daß die Bourgeoisie jeder selbstständigen Arbeiterorganisation, einerlei ob sozialistisch oder nicht, gleich feindlich gegenübersteht. Unser deutscher Musterbourgeois Stumm hatte den richtigen Klasseninstinkt, als er seinerzeit die christlich-sozialen, katholischen und Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaftsschäflein mit den sozialistischen Umsturzmenschen in einen Topf warf. —

* * *

Deutsches Reich.

— Die Handwerker-Konferenz. In der gestrigen Nachmittagssitzung erfolgte im § 86b eine Abänderung dahin, daß die Theilnahme an den Wohlfahrtseinrichtungen durch Statut obligatorisch gemacht werden kann.

Bei dem § 87a wurden einige Vereinfachungen vorgenommen, die Kosten des Gesellen-Ausschusses von denen der Innung getrennt und demgemäß der Zusatz angefügt: „Die Bestimmungen über die Deckung der Kosten für den Gesellen-Ausschuß erläßt der Innungsvorstand gemeinschaftlich mit dem Gesellen-Ausschuß."

Die §§ 88 bis 88c, die von der Aufsicht der Innungen handeln und sehr ausführliche Bestimmungen für den Fall treffen, daß die Aufsichtsbehörde die Schließung einer Innung für erforderlich halten sollte, wurden vielfach bemängelt. Die Konferenz beschloß Streichung der §§ 88a und b und Einfügung eines Paragraphen, wonach für solche Innungen, die dauernd ihre Pflicht verletzen, von der Aufsichtsbehörde eine zwangsweise Verwaltung durch einen Kommissar angeordnet werden kann.

Damit ist die Berathung des ersten Abschnitts des Gesetzentwurfs, der die Zwangsinnungen betrifft, beendet. Der zweite Abschnitt der Vorlage, der von den Handwerks-Ausschüssen handelt, wurde an eine Kommission zur Vorberathung für die heutige Sitzung überwiesen. Diese Kommission besteht aus folgenden sechs Herren: Möller, Euler, Metzner, Wollschläger, Jakobskötter und Winter.

Die Konferenz trat sodann in die Berathung des dritten Theils der Vorlage ein, der die Handwerkskammern betrifft. Eine längere Berathung rief die Frage hervor, ob bei der Handwerkskammer, wie die Vorlage es will, auch ein Gesellenausschuß errichtet werden soll. Die Frage wurde einstimmig verneint. Da die Handwerkskammer nur für einen größeren Bezirk errichtet wird und die Gesellen-Arbeitsstätte und -Ort häufig wechseln, so würde nach der einstimmigen Ansicht der Konferenz die Arbeit mit einim solchen Gesellenausschusse bei der Handwerkskammer zu viel Kosten und Schwierigkeiten verursachen. Hierzu kommt, daß durch die bei der Innung und dem Innungsausschuß zu errichtenden Gesellenausschüsse die Interessen der Gesellen genügend gewahrt sind. Demgemäß wurden die §§ 92a und b gestrichen, und die übrigen Paragraphen erfuhren eine entsprechende redaktionelle Abänderung.

§ 95a wird dahin abgeändert: „Die Landes-Zentralbehörde kann bestimmen, daß die Rechte und Pflichten der Handwerkskammer von dem Handwerksausschusse wahrzunehmen sind." Außerdem wurde von der Konferenz noch folgender neue § 95b eingeschoben:

„Die Landes-Zentralbehörde derjenigen Bundesstaaten, in denen andere gesetzliche Einrichtungen (Handels- und Gewerbekammern) zur Vertretung der Interessen des Handwerks vorhanden sind, kann diesen Körperschaften die Wahrnehmung der Rechte und Pflichten der Handwerkskammern übertragen." Damit ist auch dieser Abschnitt der Vorlage erledigt.

Es folgt nunmehr der Bericht der Kommission, die beauftragt worden war, das im § 82 aufgeführte Verzeichniß der Gewerbe, für die Zwangsinnungen errichtet werden sollen, einer Prüfung zu unterziehen und Vorschläge über die Erweiterung dieses Verzeichnisses, respektive über eine zweckmäßige Zusammenziehung verwandter Gewerbe zu machen. Die Kommission schlägt vor, in das Verzeichniß noch aufzunehmen: Köche, Zeugschmiede, Photographen, Zahn-Techniker, Musiker, Gastwirthe und Fuhrwerks-Unternehmer. Dieser Vorschlag wurde namentlich vom Geheimrath Sieffert scharf bekämpft. Er führte aus, daß es für die Regierung unmöglich sei, in der so knapp bemessenen Zeit die Unterlagen für die Errichtung von Zwangsinnungen für

Kunst und Wissenschaft.

Das Lessing-Theater brachte am Mittwoch wiederum eine Novität, diesmal ein französisches Schauspiel Halbtugend (Les Demi-Vierges) von Marcel Prévost. Herr Prévost hat eine schriftstellerische „Spezialität" gefunden; Grund genug, daß sein Name großen Klang gewann. Der Ruhm von Leuten, die eine enge Spezialität beackern, pflegt zwar bald erschöpft zu sein, besonders in Paris, das nach Abwechslung dürstet; allein, als Prévost vor ein paar Jahren seinen Roman Les Demi-Vierges (Halbjungfrauen) herausgab, galt er mit einem Schlag als vielgerühmter Sittenschilderer. Der große Zorn, der den starken Satiriker ausmacht, ist ihm zwar nicht gegeben; das soziale Gebiet, auf dem er sich ergeht, ist im grunde winzig genug; es beschränkt sich auf die Salondame und ihre Passionen. Allein der Begriff Salon übt immer noch auf einen bestimmten Theil des französischen wie des deutschen Lesepublikums einen bestrickenden Zauber aus.

Prévost hat in der Bezeichnung Demi-Vierges, das in klares Deutsch übertragen von Rechts wegen „Halbdirnen" heißen müßte, ein pikantes Schlagwort, das als Schlagwort nicht ohne Einfluß auf den großen Erfolg seines Buches war. Dieser Erfolg mußte nun auch für die Bühne ausgemünzt werden, und was dem Buche noch einigen Charakter verleiht, eine gewisse verwegene Rücksichtslosigkeit, eine bestimmte Grazie bei aller Frechheit des Vortrages, das ging in der Dramatisirung verloren. So entstand denn eine grobunkünstlerische Arbeit, viel Gerede über eine brüchige gleichgiltige Gesellschaft, eine Satire ohne Schärfe. Selbst das Publikum des Lessing-Theaters, das für Pikanterien so sehr dankbar ist, hat zum Schluß das Werk abgelehnt.

Wie enggefaßt die Spezialität von Prévost ist, das zeigt der bestimmte Kreis von Menschen, die er vorführt. In der „Halbtugend" sind es junge Mädchen, die es für ein schmachvolles Unglück halten, nur 300 000 Franks zu besitzen. Sie müssen darum auf den Bauernfang, die Jagd nach dem begüterten Mann ausziehen und werden so zu Salondirnen. Sie sehen alles, sie wissen alles, gründlich ist jede Scham von ihnen genommen, sie sind verderbt bis in die Knochen; nur in einem Punkt bewahren sie mit widernatürlichem Raffinement ihre physische Keuschheit. Sie wissen, welcher Kaufpreis dafür „in Baar" bezahlt wird. Die Erscheinung solcher Halbdirnen des Salons ist unvergleichlich widerwärtiger, als das rüdeste Straßendirnenthum im Scheunenviertel von Berlin, das doch die blanke, brutalste Noth zu seiner Rechtfertigung hat. Allein Prévost führt keine Keulenhiebe gegen diese Erscheinung, er umkleidet sie mit romanhaften Sentimentalitäten. Seine Heldin Maud ist beinahe am Ziele; sie hat einen reichen Landadligen ergattert; da tritt ihr heißblütiger Liebhaber von ehedem dazwischen und verräth in rasender Eifersucht den Gefühlsschacher seiner Maud; und Maud wird, was sie vordem zur Hälfte war, eine richtige Dirne. Sie ist für den häßlichen internationalen Finanzschwindler Aaron (Arton) reif geworden.

Die innerlich faule Gesellschaft, die Prévost darstellt, soll äußerlich Chic und Eleganz bewahren. Dagegen fehlten unsere Schauspieler mehrfach. Sie betonten das Anstößige zu derb, zu deutlich, oder sie nahmen das „Unglück der Verlumpten" zu tragisch, wie Frl. Wirth als Maud, Herr Stahl als Liebhaber thaten.

Der Talisman von Ludwig Fulda wird für die Neue freie Volksbühne am 20. und 27. September im Deutschen Theater gegeben. Die Neue freie Volksbühne hat jetzt eine dritte Abtheilung errichtet.

Im Schiller-Theater findet heute eine Wiederholung des Moser'schen Lustspiels „Der Bureaukrat" statt. Morgen geht Ibsen's Schauspiel „Die Stützen der Gesellschaft" in Szene.

Die Eröffnung des neuen „Deutschen Theaters" in München, das schon vor einem Jahre ins Leben treten sollte, ist abermals hinausgeschoben, die Proben sind suspendirt worden.

Björnstjerne Björnson begiebt sich diesen Winter wieder über München und Schwaz nach Rom. Er ist, wie er einem Mitarbeiter von „Verdens Gang" mittheilte, mit einer größeren Arbeit beschäftigt. Björnson gedenkt eine größere lyrische Gedichtsammlung herauszugeben. Bauernlieder, alle sangbar, die das Leben des norwegischen Bauern, sein Verhältniß zu den Thieren, Weiden, Aeckern, zur Liebe, zum Vaterlande, zur Politik schildern.

Ein modernes Sensationsstück. Im Princeß-Theater zu London wird gegenwärtig ein nach dem Französischen bearbeitetes, neues Melodrama von dem bekannten englischen Dramatiker G. R. Sims aufgeführt, in welchem als Sensationsszene eine Flußschleuse auf der Bühne dargestellt wird, die plötzlich berstet und eine Wasserfluth über die Bretter entsendet, so daß die unglückliche Heldin des Stückes beinahe ertrinkt. In Paris gerieth seinerzeit bei einer der Aufführungen dieses Dramas außer der Heldin auch noch das gesammte Orchesterpersonal in wirkliche Lebensgefahr, denn es wurde wirkliches Wasser in der Schleuse gebraucht und entleerte sich plötzlich infolge fehlerhafter Konstruktion in unprogrammmäßiger Weise über die Bühne weg in den Orchesterraum. Das barbarische Sensationsschaustück, das eine Epoche im Verfall der modernen Bühnenkunst so deutlich kennzeichnet, wird neuerdings von England aus ja auch auf deutschen Boden eingeführt.

Im Kunstgewerbe-Museum findet aus Anlaß der Konferenzen der Direktoren der Webeschulen eine Ausstellung der Stoffsammlung statt, welche den großen Lichthof in allen Theilen füllt. Es sind hierbei besonders prächtige und charakteristische Stücke aus allen Zeiten und Ländern zusammengestellt, aus dem Gebiete der Kunstwebereien, des Kunstdruckes, der Passementenarbeit und der Teppichwirkerei. In dem Zimmer vor der Stoffsammlung, welches jetzt als bleibender Ausstellungsraum dieser Sammlung hergerichtet wird, sind große Prachtstickereien ausgebreitet. — Ferner sind im oberen Umgang die Stoffe ausgestellt, zumeist neuere französische Arbeiten, welche die königliche Webeschule in Krefeld für ihre Sammlung erworben hat.

Der vierte Kongreß für Kriminal-Anthropologie, der zur Zeit in Genf tagt, beschäftigte sich in seiner Sitzung vom 6. September mit dem Kampf gegen den Anarchismus. Den einleitenden Vortrag hielt Professor van Hammel aus Amsterdam. Der Redner erhob sich nicht weit über die Anschauungen, die in bürgerlichen Kreisen in der Frage der Bekämpfung von Verbrechen, die unter dem Deckmantel des Anarchismus begangen werden, üblich sind. Immerhin will Herr van Hammel die Propaganda durch die That, das anarchistische Attentat, der Gerichtsbarkeit des allgemeinen Rechtes überweisen. Denn es sei das Gewohnheitsrecht, das die Achtung für das Leben, die Integrität des Körpers und das Eigenthum verlangt, das die Anarchisten verletzen. Deshalb sollen sie auch nach ihm bestraft werden. Zwar könne das nicht als allgemeines Prinzip gelten. Denn es sei erwiesen, daß der Tod eines anarchistischen Heros den Martyrerkultus ausgedehnt, den Muth der Anhänger gehoben und so den Anarchismus verschärft habe. Als letzter aus der Reihe der Redner erhob sich Ferri, Rechtsprofessor und sozialistischer Abgeordneter aus Rom, um mit einer hinreißenden Beredtsamkeit in das Dunkel der Zweifel hineinzuleuchten. „Ich bestreite des energischsten", sagte er nach einem Bericht,

diese Gewerbe zu beschaffen. Es würde das so viel Arbeit machen, daß die Sache selbst eine große Verzögerung erführe. Es wäre das auch ein Ballast, der das Schicksal der Vorlage, die ohnehin schon auf des Messers Schneide gestanden habe, aufs äußerste gefährden müßte. Jedenfalls würde durch die Annahme dieses Vorschlages die Aussicht für das Gelingen des Werkes vermindert.

Hieran schloß sich eine lange und lebhafte Debatte, da namentlich von den bereits bestehenden Innungen der Fahrwerksunternehmer, Gastwirthe und Musiker der ausdrückliche Wunsch ausgesprochen worden ist, in das Verzeichniß der zu errichtenden Zwangsinnungen aufgenommen zu werden. Auch hatten diese Innungen Abgeordnete mit dem Auftrage in die Kommission entsandt, dort ihre Anträge zu vertreten.

Die Konferenz berieth am heutigen dritten Tage zuerst die Bestimmungen über das Lehrlingswesen (§§ 126 bis 132). Im § 127 wurde die Bestimmung gestrichen, wonach auf Lehrlinge in staatlich anerkannten Betrieben diese Bestimmung keine Anwendung finden soll. § 128 erhielt von der Konferenz folgende Fassung: „Durch Beschluß des Bundesraths können für einzelne Gewerbe nach Anhörung des Innungsverbandes Vorschriften über die Zahl der Lehrlinge, die in einem Gewerbebetriebe gehalten werden darf, erlassen werden."

— Der „Reichsbote" polemisirt in interessanter Weise gegen die „Berliner Zeitung", welche in Sachen der Konfektionsarbeiter an den Bürgersinn, die Menschlichkeit und geschäftliche Honorigkeit unserer Konfektionäre appellirt. Das konservative Blatt schreibt: Wir fürchten, dieser Appell wird den Arbeitern wenig nützen. Denn wenn bei diesen Herren die Armuth, das Elend ihrer Arbeiter, die Entrüstung der öffentlichen Meinung, der gesammten anständigen Presse und die Verdikte des Schiedsgerichts keinen Eindruck auf ihre Menschlichkeit und Honorigkeit gemacht haben, dann wird die „Berliner Zeitung" wohl selbst nicht mehr an die Wirkung ihres Appells glauben und bezweifeln müssen, ob diese angepriesenen Empfindungen bei den Herren überhaupt vorhanden sind. Allein es entsteht dann doch die Frage: Ist es erträglich, daß das Wohl tausender armer abhängiger Arbeiter von einer Handvoll habgieriger Menschen, die nichts mehr zu kennen scheinen als ihren Geldbeutel, absolut abhängig ist und der Staat wie die Gesellschaft ruhig zusehen müssen, wie diese Arbeiter körperlich und sittlich ruinirt werden? Muß nicht der Staat umsomehr das Recht haben, gegen solchen Mißbrauch der wirthschaftlichen Freiheit einzuschreiten, als er der Industrie überall Freiheit und Schutz für ihre berechtigten Interessen gewährt?"

Sehr schön geschrieben. Leider hat aber die Partei, deren Organ der „Reichsbote" ist, jeder Arbeiterschutzpolitik abgeschworen. —

— Der Kammergerichtsrath Hugo Schröder, Mitglied des Reichstages für den zweiten Wahlkreis des Reg.-Bez. Frankfurts a. O., hat, wie die „Kreuz-Zeitung" vernimmt, seine Entlassung aus dem Justizdienst nachgesucht und tritt am 1. Oktober d. J. in den Ruhestand. Schröder ist bekanntlich der Jurist der freisinnigen Vereinigung und Vorsitzender des den Muckern so verhaßten Protestantenvereins. —

— Die Müller machen gegen die Kornproduzenten mobil. Ihrer achtzehn haben ein Rundschreiben erlassen, in dem es heißt: „Wir benöthigen dringend eine Vertretung, welche geeignet ist, unsere Interessen auf das energischste zu wahren, und nicht eine solche, welche ihrer Pflicht genügt zu haben glaubt, wenn sie den Wünschen der Agrarier möglichst entgegenkommt.... Eine möglichste Beschleunigung der Kreirung einer energischen Vertretung unserer Interessen halten wir um so dringender geboten, als jeder Tag uns bei der agrarischen Reichstags-Majorität neue Gesetze und Verordnungen bringen kann, die unsere Industrie auf das höchste schädigen."

Nun ja, was den Plötzen recht, ist den Müllern billig. Es lebe die Müllerpartei! —

— Die Amtsniederlegung des Pastors Göhre bietet dem Hofprediger a. D. Stöcker einen neuen Anlaß, sich mit Loyalitätsphrasen zu parfümiren, um in den Geruch konservativ-monarchistischer Gesinnungstüchtigkeit zu kommen, der ihn aufs neue würdig machen würde für die konservative Partei. Er schreibt nämlich im „Volk", Herr Göhre habe ganz Recht gethan, seinen Talar auszuziehen, denn wer mit dem vierten Stand gemeinsam den Klassenkampf durchkämpfen wolle, könne nicht Pfarrer bleiben. In diesem Sinne sei das Wort des Kaisers wie der oberkirchenräthliche Erlaß zutreffend. Ein solcher „politischer Pastor" aber könne auch nicht „christlich-sozial", ja nicht einmal „nationalsozial" bleiben. Da hat also der alte Hintertreppenpolitiker einen Weg entdeckt, sich mit dem kaiserlichen Telegramm einverstanden zu erklären und den darin enthaltenen Bannstrahl auf andere „politische Pastoren" abzulenken. Diese neue Stöckeriade hat übrigens für unser politisches Leben weiter keine Bedeutung, sondern erweckt nur noch ein gewisses psychologisches Interesse.

— Für die Einschränkung öffentlicher Vergnügungen hat die Polizeidirektion in Osnabrück sich ins Zeug gelegt. Um nicht Mißverständnisse aufkommen zu lassen, wollen wir im voraus bemerken, daß die patriotische Polizeidirektion sich nicht etwa hat beikommen lassen, gegen den Ueberschwang großer Festlichkeiten, wie sie von den Stützen der Gesellschaft veranstaltet werden, zu Felde zu ziehen. Nichts liegt ihr ferner. Ganz andere Leute haben sich die verdiente polizeiliche Mißbilligung zugezogen. Uns geht von dem Vorstand des Tapezirer-Vereins in Osnabrück das folgende Schriftstück zu, durch das er vor einiger Zeit überrascht wurde:

Polizei-Direktion. Osnabrück, den 17. April 1896.

In letzter Zeit haben sich die öffentlichen Tanzlustbarkeiten in Osnabrück in Bedenken erregender Weise vermehrt. Besonders rührt dieses daher, daß viele Vereine ihre Vergnügungen nicht mehr unter sich, sondern unter Zulassung von Fremden feiern.

Die Vereine selbst erreichen hier bereits eine derartige Zahl, daß man zweifelhaft sein kann, ob nicht bereits die wünschenswerthe Grenze bedeutend überschritten ist. Gewähren diese Vereine aber auch noch bei ihren Festlichkeiten jedem Fremden den Zutritt, so wird in einem vergrößerten Maßstabe Gelegenheit zu Vergnügungen gegeben, und dieses ist ein Mißstand, dem vorgebeugt werden muß.

Von allen Seiten wird über schlechten Verdienst, Geschäftsrückgang und Steuerlast geklagt, aber die Vereine und Vergnügungen mehren sich und wachsen ständig, während doch die Vergnügungen das erste sein sollte, was eingeschränkt wird.

Da nun nach den bestehenden Vorschriften die Obrigkeit dafür zu sorgen hat, daß die öffentlichen Tanzgesellschaften ein bestimmtes Maß nicht überschreiten, so sollen die Bestimmungen der hier giltigen Polizei-Verordnung über die Genehmigung und Zeitbestimmung der öffentlichen Tanzlustbarkeiten fortan in einer die öffentlichen Tanzvergnügungen möglichst einschränkenden Weise durchgeführt und Uebertretungen auf das strengste bestraft werden.

Wir ersuchen deshalb die Vorstände der Vereine ergebenst, die Gesuche auf Genehmigung von öffentlichen Tanzgesellschaften einschränken zu wollen, da die Genehmigung nur in Ausnahmefällen ertheilt werden wird.

Die Polizei-Direktion.
(Name unleserlich.)

An
den Vorstand des Tapezirer-Vereins
hier.

I 3942.

Daß es bei dieser polizeilichen Warnung auf ein Stück Sozialpolitik abgesehen ist, geht aus zwei Bemerkungen hervor. Da ist erstens der mißbilligende Seitenblick darauf, daß Vereine (nämlich solche vom Schlage des Tapeziervereins) die wünschenswerthe Grenze bedeutend überschritten zu haben scheinen, zweitens die hübsche Betrachtung über Geschäftsrückgang und Steuerlast, die in der Versicherung ausklingt, daß die Vergnügungen das erste sein sollten, das eingeschränkt werden müßte. Nun ja, in gewissem Sinne: besonders, meinen wir, müßten diejenigen Vergnügungen eingeschränkt werden, die aus den öffentlichen Mitteln bestritten, also durch Steuern gedeckt werden. Denn es ist sicher verwerflicher, wenn sich die Steuerzahler für anderer Leute Vergnügungen die Steuergroschen abdarben müssen, als wenn sie selbst ihre Lebenshaltung durch harmlose Vergnügungen auf ein höheres Niveau zu heben suchen. Also will die Polizeidirektion damit den Anfang machen, dann wird sich über das weitere noch reden lassen. —

— Unter der Stichmarke „Zum Vereins- und Versammlungsrecht" bringt der Landrath des Kreises Pinneberg den Polizeibehörden mehrere bemerkenswerthe Grundsätze, welche in Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts ausgesprochen sind, durch das Kreisblatt zur Kenntniß. Diese bemerkenswerthen Grundsätze sind folgende: 1. Die Frage, ob ein Verein eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezweckt, ist schon dann zu bejahen, wenn sich aus dem Verhalten des Vereins oder seiner Leitung ergiebt, daß er sich in den Dienst einer bestimmten politischen Partei stellt. 2. Zum Verbot der Betheiligung von Frauen, Schülern und Lehrlingen an politischen Versammlungen: „Die Polizeibehörde ist befugt, zu einer auf die Betheiligung von Frauen, Schülern oder Lehrlingen berechneten Versammlung (Volksbelustigung ꝛc.) eines politischen Vereins die Genehmigung von vornherein zu versagen, also nicht nur dieselbe aufzulösen, wenn die Frauen ꝛc. der Aufforderung des überwachenden Beamten, die Versammlung zu verlassen, nicht Folge leisten. 3. Zum Begriff der Versammlung einer politischen Partei im Sinne des § 8 Abs. 3 des Vereinsgesetzes. Eine von einem Vergnügungskomitee veranstaltete Volksbelustigung ist als Versammlung eines politischen Vereins anzusehen, sofern dieses Vergnügungskomitee aus den Vorstandsmitgliedern eines sozialdemokratischen (!) Vereins besteht. Das „Hamburger Echo", dem wir diese Mittheilung entnehmen, bemerkt dazu sehr richtig: Welchen Zweck der Landrath mit der Bekanntgabe dieser Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts an die Polizeibehörden verfolgt, wird jedem einleuchten. Die Arbeitervereine sollen in ihrer Bewegungsfreiheit noch mehr wie bisher eingeschränkt werden; ob die Behörden damit mehr Erfolg haben werden als seither, das steht auf einem anderen Blatte. Die sozialdemokratische Partei, auf welche diese Entscheidungen doch nur angewendet werden sollen, wird sich auch mit demselben schon abzufinden wissen. —

— Gegen den wegen Meineids verhafteten früheren Polizeiverwalter von Tilsit, Stadtrath Witschel, nimmt das strafrechtliche Verfahren seinen Fortgang, da die Beobachtung in der Irrenanstalt keinen Anhalt für seine Unzurechnungsfähigkeit ergeben hat. Die Anklage kommt in der nächsten Schwurgerichtsperiode vom 1. bis 3. Oktober zur Verhandlung. —

— Ueber das Duellunwesen verhandelte in Braunschweig der allgemeine deutsche Pfarrer-Vereinstag. Das Referat hielt Pastor Fritsch (Schwarz). An den Vortrag schloß sich eine längere Debatte. — Merkwürdiger Weise ist den anwesenden Berichterstattern Schweigen auferlegt worden. Das läßt nicht auf entschiedene Bekämpfung des Duellunwesens schließen.

— „Das politische Testament Friedrichs des Großen" spukt wieder in der Presse. Es ist das eine vom „alten Fritz" geschriebene Denkschrift, in der er sich unter anderen über den Ursprung des Siebenjährigen Krieges ausspricht. Dieses Aktenstück wird sorgfältig geheim gehalten, und erst vor kurzem ist einem Gelehrten, der es im Archiv eingesehen hatte, verboten worden, Auszüge zu veröffentlichen. Für die Wissenschaft ist das beiläufig kein Verlust. Denn daß Friedrich der Große den Siebenjährigen Krieg unter falschen Vorwänden vom Zaun gebrochen hat, und daß von preußischer Seite nichts weniger als ehrlich verfahren worden ist, das ist längst von der Geschichtsforschung festgestellt. Es scheint aber, daß der „alte Fritz", der ja ein arger Cyniker war, in seinem Testament die Wahrheit etwas gar zu cynisch gesagt hat. —

— „Einen Kreuzzug gegen die Türkei" predigt die fromme „Germania" und ruft den Geist des alten Barbarossa an. Also ein Revanchekrieg. Denn der alte Barbarossa ist bekanntlich vor 700 und 6 Jahren auf einem Kreuzzug gegen die Muselmänner in Asien ums Leben gekommen. Sehr aufmunternd ist diese Erinnerung nicht. —

— „In der französischen Fremdenlegion." Unter dieser Ueberschrift machten wir vorgestern Mittheilung von dem unglücklichen Geschick des ehemaligen Gärtners Dittrich aus Quedlinburg, der jetzt in der französischen Fremdenlegion steckt und dort grausamste Behandlung zu erdulden hat, obgleich der Mann offenbar nicht im Vollbesitz seiner geistigen Fähigkeiten ist und unzweifelhaft im Augenblick, wo er sich engagiren ließ, geistesgestört war. Von der verlassenen Frau erhalten wir nachstehendes Zeugniß, das unsere vorgestrigen Angaben bestätigt:

„Der Gärtner August Dittrich aus Quedlinburg wurde vom 19. März bis 12. Mai 1891 im hiesigen städtischen Krankenhaus an religiösem Tiefsinn behandelt.

Quedlinburg, den 8. Sept. 1896.

Dr. Schreiber, Arzt.

Wir dächten, die nun feststehende Thatsache, daß Dittrich geistesgestört war, würde ein Einschreiten der Reichsbehörden zu seinen gunsten rechtfertigen. —

Frankreich.

Paris, 10. September. Ueber angeblich große Unfälle, welche während der Manöver in Chalons stattgefunden haben sollen, ist den Blättern zufolge eine Untersuchung eingeleitet worden. Es sollen sieben Soldaten getödtet und mehrere verwundet worden sein. —

England.

— Die vielfach verbreitete Meinung, die englischen Gewerkschaftsvertreter auf dem Internationalen Arbeiterkongreß seien von den sozialistischen Organisationen zurückgesetzt worden, wird noch immer von verschiedenen unserer Parteiblätter weiter verbreitet. Wir können auf grund des Aktenmaterials nur wiederholen, daß jene Behauptung vollkommen unrichtig ist. Die englischen Sozialisten, insbesondere die Delegirten der Socialdemocratic Federation haben den Gewerkvereinlern bei allen Kommissions- und sonstigen Wahlen eine entsprechende Zahl von Sitzen eingeräumt; die Tradesunionisten haben sich an den Wahlen jedoch wenig betheiligt. Vom Genossen Edward Aveling ist in unserer Nummer vom 29. August der Sachverhalt eingehend und genau dargelegt worden. (Siehe Parteinachrichten.) Es wäre gut, wenn diese Darlegung von den Blättern, welche bis jetzt durch die „falsche Nachricht" getäuscht wurden, zum Ausdruck gebracht würde. —

Norwegen.

— Der parlamentarische Ausschuß für die Ausarbeitung eines neuen Strafgesetzbuchs hat sich gegen die Todesstrafe ausgesprochen. In der Begründung des Antrages wird darauf hingewiesen, „daß diese Strafe nur dann vielleicht berechtigt wäre, wenn sie das Leben des Staatsbürgers besser gegen Mordanschläge schützen könnte, als in jenen Ländern der Fall ist, wo diese Bestrafungsart nicht zur Anwendung kommt. Es müsse aber als feststehend angesehen werden, daß diese Voraussetzung nicht stichhaltig sei. Die Todesstrafe sei somit zwecklos und aus diesem Grunde abzuschaffen". —

Die Norweger sind noch nicht von der mitteleuropäischen Kultur beleckt, nach welcher die moderne Zivilisation auf der Schneide des Henkerbeils und auf der Spitze der Bajonnette zu ruhen hat. —

Spanien.

— Die revolutionäre Bewegung greift immer mehr um sich. Heute liegen folgende Meldungen vor:

Dem „Heraldo" zufolge ist aus mehreren Ortschaften in der Umgebung von Bunol eine revolutionäre Bewegung gemeldet worden.

Eine bewaffnete, vermuthlich republikanische Bande wurde in der Umgegend von Pedralva von der Gendarmerie zurückgeschlagen.

Der frühere Minister der spanischen Republik Estevanez und 18 andere Republikaner werden gefangen gehalten. —

Türkei.

Konstantinopel, 9. September. Eine amtliche Depesche des Großveziers an die Walis besagt, daß der Ministerrath angesichts der Möglichkeit, daß die letzten Unruhen aus der Hauptstadt sich auf die Vilajets ausdehnen können, folgenden vom Sultan sanktionirten Beschluß gefaßt habe: Alle Zivil- und Militärbeamten sind streng dafür verantwortlich, daß jede Unruhe im Keime erstickt werde. Keine Privatpersonen dürfen an den amtlichen Handlungen theilnehmen. Plünderungen und Metzeleien sind zu verhindern. Zuwiderhandelnde Mohamedaner oder Christen sind ohne Rangunterschied der Bestrafung zuzuführen. Hierauf bezügliche Bekanntmachungen sind in den Dörfern in den verschiedenen Landessprachen zu vertheilen. Außer den genannten sind alle noch erforderlichen Maßregeln ohne Zeitverlust zu ergreifen. —

Partei-Nachrichten.

Parteigenossen Berlins und der Provinz Brandenburg!

Die Partei-Konferenz wird Sonntag, den 20. September, von Vormittags 9½ Uhr an in Cohn's Festsälen zu Berlin, Beuthstr. 20—22, abgehalten. Die Tagesordnung lautet: 1. Berichterstattung der Agitationskommission. 2. Diskussion. 3. Die Presse. 4. Die Kandidatenfrage. 5. Die Lokalfrage. 6. Anträge. — Die reichhaltige Tagesordnung, sowie eine Anzahl bereits eingegangener Anträge, welche einer eingehen-

---

den wir der „Frankfurter Zeitung" entnehmen, „daß die Repression auf das Verschwinden oder Abnehmen anarchistischer Attentate einen hauptsächlichen Einfluß geübt hat. Ich habe das in meinem Buche über kriminelle Soziologie genügend bewiesen und kann hier nicht des näheren darauf eingehen. Die anarchistischen Attentate waren das Symptom eines sozialen Fiebers, das wie jedes andere Fieber auch ohne medizinische Behandlung seinen Kulminationspunkt, seine Abnahme und sein Verschwinden zeigen mußte. Wenn weiter behauptet wird, daß weder der geborene, noch der gehirnkranke, noch der fanatische Verbrecher durch Androhung der Strafe beeinflußt werden kann, so will ich hier den unwiderruflichsten Gegenbeweis liefern. Ich erinnere an die Disziplin verschiedener Irrenasyle, wo die Furcht vor der Douche, vor dem elektrischen Schlag und vor der Zwangsjacke dem Irren jene Disposition giebt, welche, unterstützt von seiner eigenen schwachen Aktion, ihn vor dem Begehen der gewaltthätigen Akte zurückhält. Die „sentence indéterminée" des Herrn van Hammel oder die aequivalente temporäre Strafe Lombroso's ist nach meiner Ansicht die einzige wirksame und humanitäre Form der Repression; aber nicht unter Anwendung des Zellensystems, denn die Zellenhaft macht den Gefangenen zum Idioten oder Wütherich, erstickt im Individuum den einzigen Instinkt, der noch zu retten vermag, nämlich den Instinkt der Sozialität. Wozu die Monumentalbauten der Gefängnisse, die, auf mittelalterlich-barbarischem Fundamente ruhend, das nutzlose ihrer Wirkung durch die stetige Vergrößerung bekunden! Ich kenne keine bessere Form, die Gesellschaft gegen das Verbrechen zu beschützen, als die Agrikultur-Kolonien mit nächtlicher Isolirung der unmündigen, der weniger degenerirten erwachsenen und rückfälligen Verbrecher. Die geistig gestörten Verbrecher gehören ins Irrenhaus und nicht ins Zuchthaus. So lange ich auch für den Anarchisten eine Aenderung seiner sozialen Umgebung, sei es durch Exilirung im Falle eines Mordes, oder durch Internirung in eine agrikole Kolonie in einem weniger schweren Falle, wo alsdann das Opfer entschädigt werden kann durch den Arbeitsertrag des Delinquenten. Die „sentence indéterminée" ist von einer Gesellschaft zu verifiziren, die nicht nur aus gouvernementalen, sondern auch aus Magistrats- und Administrationsmitgliedern bestellt sein muß, und welchen sich als unerläßliche Ergänzung Psychiater, Advokaten und Elemente aus dem Volke anzuschließen haben. Die Bestrafung der indirekten Aufwiegelung zum Begehen des Attentats zeigt uns so recht, auf wie schiefer Ebene öfters die juristische Logik rollt. Man beginnt mit der Proklamation der Meinungsfreiheit. Sehr gut. Wir bestrafen blos das vollführte Verbrechen und auch noch das versuchte, heißt es. Das will sagen: nicht nur die That wird verfolgt, sondern auch der Versuch zur That, und man rollt auf der schiefen Ebene weiter und sagt: Nicht nur der Versuch, sondern auch die Vorbereitungen und von den Vorbereitungen nicht nur die materiellen, sondern auch die intellektuellen, und nicht nur die direkten, sondern auch die indirekten Aufreizungen. Da hat man einen schönen Weg eingeschlagen, nach dem man die Freiheit jeder Meinung und ihre Propaganda garantirt hat. Ich selbst, der die Ehre hat, hier zu sprechen, wurde durch das Ausnahmegesetz, das in Italien mit dem Vorwand, gegen die Anarchisten zu kämpfen, von der Regierung und dem Parlament angenommen wurde, wegen indirekter Aufwiegelung verurtheilt. Ueberhaupt wurde dieses Gesetz fast ausschließlich gegen die Sozialisten angewendet, trotzdem sie als Antipoden des individualistischen Anarchismus mit seiner Propaganda durch die That vom Kampf der Klassen als einem soziologischen Gesetz sprechen und mit aller Energie gegen die Ansicht auftreten, als wäre Klassenkampf gleichwerthig mit Klassenhaß — und dennoch, soll die sozialistische Propaganda eine indirekte Aufwiegelung zum Begehen anarchistischer Attentate bilden! Soweit ist man mit der Logik gekommen! Das wahre Heilmittel aber gegen alle diese krankhaften Auswüchse der menschlichen Gesellschaft bildet nicht die Todesstrafe, noch die Zellenhaft, sondern eine wohlverstandene soziale Hygiene, die den Ursachen des Krankhaften und Verbrecherischen nachforscht und ihnen vorbeugt, sie ausscheidet und abschwächt."

In Kiel wurde am Donnerstag Vormittag die 21 Versammlung des deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege in der Aula der kaiserlichen Marine-Akademie eröffnet. Es waren etwa 220 Personen anwesend. Den ersten Vortrag hielt Baurath Thiem-Leipzig über Grundwasserversorgung.

Der Roman-Schriftsteller Baron von Roberts ist am 7. September 51 Jahre alt in Schreiberhau gestorben.

Der Direktor des Vesuv-Observatoriums, Senator Palmieri, ist am Donnerstag in Neapel gestorben.

den Besprechung auf der Konferenz bedürfen, veranlassen uns, darauf aufmerksam zu machen, daß dieselbe pünktlich eröffnet werden muß, soll die Arbeit an einem Tage bewältigt werden. Wir ersuchen deshalb die Delegirten, sich dementsprechend einzurichten.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Die Agitations-Kommission der Provinz Brandenburg.

J. A.: Carl Dimmick, Berlin SO., Elisabeth-Ufer 55.

Die Partei-Organe der Provinz Brandenburg werden um Abdruck vorstehender Notiz gebeten.

Als Reichstagskandidat für den märkischen Wahlkreis Calau-Luckau wurde auf der Parteikonferenz in Finsterwalde Genosse Eichhorn aus Dresden aufgestellt.

Die „Märkische Volksstimme" wird am 1. April von Frankfurt a. O. nach Forst verlegt, wo die Mehrzahl der Abonnenten ist.

Ueber die Parteikonferenz für den Wahlkreis Calbe-Aschersleben, die am 6. September in Schönebeck abgehalten wurde, wird uns geschrieben: Die Konferenz war durch 23 Delegirte beschickt. Als Kreis-Vertrauensperson wurde Greiner aus Aschersleben wiedergewählt, in die Zeitungskommission kamen Wizorowski aus Staßfurt und Kreuzberg aus Borne. Als Delegirte für den Gothaer Parteitag wurden Trautewein aus Quedlinburg und Keßler aus Berlin gewählt, als Ersatzmann Greiner aus Aschersleben. Zwecks Aenderung im Erscheinen der für den Wahlkreis eingeführten Sonntags-Zeitung wurde eine Kommission aus drei Personen gewählt; ebenso eine Agitationskommission bestehend aus 3 Personen. Beschlossen wurde ferner, jedes Vierteljahr ein Flugblatt zu verbreiten.

Eine Parteikonferenz für den 9. württembergischen Reichstags-Wahlkreis Balingen-Rottweil tritt am Sonntag, den 13. September, mittags 1 Uhr, in Rottweil im Gasthause „Zum Waldhorn" zusammen.

Polizeiliches, Gerichtliches 2c.

— Wegen angeblicher Beleidigung des Stadtraths und Zigarrenfabrikanten Friedrich Heinsius sollten sich vor der Ferien-Strafkammer in Frankfurt a. O. die Parteigenossen Schöpflin (Redakteur der „Märkischen Volksstimme) und A. Schramm verantworten. Da aber der Strafantrag vom Sohne des genannten Stadtraths, nicht von diesem selbst gestellt war, erkannte das Gericht auf Einstellung des Verfahrens.

— Erfolgreich ist die Revision des Redakteurs Weißmann vom „Volksblatt für Halle" gewesen, die gegen ein landgerichtliches Urtheil eingelegt worden war. Wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung (Verrufserklärung) war Weißmann zu 7 Tagen Haft verurtheilt worden. Es handelte sich um Veröffentlichung der Streikbrecher-Listen im Konfektionsarbeiter-Streik. Weißmann's Revision gegen das Urtheil ist nun für begründet erachtet worden, da die Vorinstanz nicht das Vorhandensein einer Drohung festgestellt habe. Auch die Staatsanwaltschaft hatte Revision eingelegt, doch wurde dieselbe zurückgewiesen.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Oeffentliche Sitzung vom Donnerstag, den 10. September.

Stadtverordneten-Vorsteher Langerhans eröffnet die Sitzung um 5½ Uhr.

Zu Deputirten der Versammlung zu dem am 29. und 30. d. Mts. hier stattfindenden Städtetag werden die Stadtverordneten Dinse, Langerhans, Michelet, Cassel und Perls gewählt.

Der Magistrat beantragt die nachträgliche Genehmigung der Stadtverordneten-Versammlung für die Zahlung eines Beitrages von 73 860 Mark zu den Baukosten der Samariterkirche und von 100 000 Mark zu den Baukosten der Simeonskirche. Die Zahlung dieser Beiträge ist durch vom Minister bestätigte Resolute des Polizeipräsidenten auf grund der Konsistorialordnung von 1573 angeordnet worden und vorläufig aus dem Vorschußkonto geleistet worden bis zur gerichtlichen Entscheidung der Frage, welche der Magistrat angerufen hat. Der Beitrag für die Simeonskirche ist nur eine Abschlagszahlung auf den im ganzen auf 222 100 Mark festgesetzten Beitrag für diese Kirche.

Stadtv. Gerstenberg beantragt, ohne auf das Materielle der wichtigen Frage einzugehen, die Ueberweisung der Vorlage an einen Ausschuß von 15 Mitgliedern.

Stadtv. Ruge meint, daß die alte Konsistorialordnung zu der Art Gesetze gehört, die mehr Schaden als Nutzen stiften, und deshalb aufgehoben werden müsse. Die alte Konsistorialordnung sei 200 Jahre nicht angewendet und jetzt nur ausgegraben worden, um die politische Gemeinde zu zwiebeln. Er empfehle die Ablehnung der Vorlage ohne Ausschußberathung.

Stadtsyndikus Weise berichtigt die Ansicht des Vorredners, daß die Stadt es auf eine Zwangsetatisirung hätte ankommen lassen sollen, dahin, daß der Magistrat die Zwangsetatisirung beantragt habe, diese aber vom Minister abgelehnt sei. Eine Ablehnung der Vorlage sei nicht möglich, die Beiträge seien einmal gezahlt worden und müßten nun gedeckt werden. Eine Ausschußberathung sei nicht erforderlich; im Gegentheil müßten die Ansichten über die Sache öffentlich ausgesprochen werden. Der Magistrat werde trotz des Reichsgerichts-Erkenntnisses von 1892 allen diesen Ansprüchen, die jetzt mit wahrer Schadenfreude von den kirchlichen Heißspornen gestellt werden, jeden gesetzlichen Widerstand entgegensetzen. Bezüglich mancher einzelnen Ansprüche habe der Magistrat auch schon obsiegende Gerichtsurtheile erzielt. Der Prozeß wegen der Samariterkirche schwebe noch. Die Vergleichsverhandlungen seien erst im Anfangsstadium, es lasse sich darüber noch nichts sagen.

Stadtv. Spinola erklärt sich für die Ausschußberathung resp. für Annahme der Vorlage. Der Magistrat habe alle mögliche Energie in dieser Frage bewiesen.

Stadtv. Langerhans wünscht eine Ausschußberathung, um weiteres Material zu beschaffen. Vereinbarungen mit den Kirchenbehörden haben gar keinen Zweck, die Kirche komme trotz derselben doch immer wieder (Heiterkeit). Dadurch werde das Gesetz nicht beseitigt. Er wünsche, es kämen auch die Katholiken und Juden mit denselben Ansprüchen wie die Evangelischen, dann würde das Reichsgericht sehen, was für ein Gesetz es aufrecht erhalten habe.

Stadtv. Bortmann stellt sich auf den Standpunkt des Magistratsvertreters; der Magistrat habe alles nöthige gethan, die Zahlung mußte erfolgen.

Stadtsyndikus Weise bestätigt dies mit der Mittheilung, daß sogar die Beschlagnahme der städtischen Kasse angedroht sei, wenn nicht binnen drei Tagen gezahlt werde. (Heiterkeit.) Das Unrecht liege besonders darin, daß sich diese Ansprüche nur auf die Evangelischen beziehen. Die Versammlung müsse die Zahlung genehmigen, wenn sie auch von deren Rechtmäßigkeit nicht überzeugt sei, denn das Loch in der Kasse müsse doch geschlossen werden. Die Vergleichsverhandlungen abzulehnen sei der Magistrat umso weniger in der Lage gewesen, weil der formale Rechtszustand ungünstig für die Stadt sei.

Stadtv. Langerhans hält es für unrecht, daß sich die Stadt auf solche Verhandlungen überhaupt eingelassen habe. Das dürfe man nicht thun, wenn man der ganz entgegengesetzten Rechtsanschauung sei. Dann müsse man seinen prinzipiellen Standpunkt wahren. Minister wechseln und Synoden wechseln, es können auch wieder andere Rechtsanschauungen herrschend werden.

Stadtv. Ladewig hält es für angemessen, wenn die Stadt durch Vergleich von diesen Verpflichtungen, die einmal gesetzlich begründet sind, loszukommen sucht.

Die Vorlage wird einem Ausschuß von 15 Mitgliedern überwiesen.

Der Magistrat beantragt die Genehmigung des speziellen Projekts zum Neubau einer Volks-Bade-Anstalt und eines Wohngebäudes auf dem Grundstück Dennewitzstr. 24a und des Kostenanschlags von 724 000 M.

Stadtv. Spinola empfiehlt die Vorberathung dieser Vorlage in einem Ausschuß und wünscht statt eines theuren Schwimmbassins die Anlage von Brausebädern, die hygienisch noch empfehlenswerther seien. Redner spricht seine Anerkennung dafür aus, daß bei dieser Badeanstalt zur Reinigung des Wassers das Enteiserungsverfahren des Ingenieurs Piefke zur Anwendung kommen soll.

Die Stadtvv. Kalisch und Wohlgemuth empfehlen die Annahme der Vorlage ohne Ausschußberathung, da sie schon einmal in einem Ausschuß gründlich berathen sei.

Stadtv. Esmann wünscht in einem Ausschuß nochmals die Frage geprüft zu sehen, ob das Wasser aus Tiefbrunnen mit Hilfe des Enteiserungsverfahrens gewonnen werden soll oder nicht. Wenn dieses Verfahren sich bewähre, so könne es später auch in Privathäusern angewandt werden, zumal dann das Wasser viel billiger sei, als das, was die Stadt jetzt liefere. Der Magistrat soll später seine Erfahrungen mit dem Enteiserungsverfahren der Versammlung mittheilen.

Stadtv. Singer: Mir ist nicht klar geworden, weshalb Herr Esmann eine Ausschußberathung will. Aber, was er wünscht, wird der Magistrat schon thun und uns auch seine Erfahrungen mit dem Enteiserungsverfahren mittheilen. Die Sache wird durch nochmalige Ausschußberathung nicht gefördert. Wenn das Enteiserungsverfahren sich bewährt und dadurch das Wasser billiger wird, als der Magistrat es jetzt der Bevölkerung überläßt, so müssen die städtischen Werke veranlaßt werden, daß Wasser so billig zu liefern, daß die Privatbetriebe mit dem Magistrat konkurriren können. Hier handelt es sich aber nicht um diese Fragen, sondern darum, ob eine Volks-Bade-Anstalt, die längst beschlossen ist, endlich in Angriff genommen oder noch auf vierzehn Tage oder vier Wochen verschleppt werden soll. Sollen wir etwa in den Winter kommen und dann überhaupt nicht mehr anfangen können, oder soll endlich dem Bedürfniß der Bevölkerung entsprechen werden? Alle Ausführungen der Herren Spinola und Esmann geben keinen Grund, die Sache auch nur um einen Tag zu verschieben.

Stadtv. Schwalbe ist für die nochmalige Prüfung einzelner Details in einem Ausschuß. Eine Verzögerung trete dadurch nicht ein, mit den Vorbereitungen des Baues könne immer begonnen werden.

Stadtv. Kleefeld hält es für dringend geboten, daß das viel zu theuere Projekt noch einmal geprüft werde. In Zeiten, wo die Steuern drücken, daß sich die Balken biegen, könne die Versammlung nicht ungemessene Summen für solche Zwecke verwenden.

Die Vorlage wird darauf an einen Ausschuß von 15 Mitgliedern überwiesen.

Schluß 7½ Uhr.

Gewerkschaftliches.

Sämmtliche Mittheilungen von Organisationen, vor allem solche über Ausstände oder Aussperrungen, müssen stets den Stempel der betreffenden Organisation tragen.

Zu der Erklärung der Württembergischen Metallwaaren-Fabrik in Berlin, Yorkstr. 11, worin die in Nr. 211 des „Vorwärts" von der Berliner Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes veröffentlichte Bekanntmachung über den Grund der Arbeitseinstellung zweier Polirer jener Fabrik als unwahr dargestellt war, ging uns folgende, von den beiden Polirern mitunterzeichnete Erwiderung zu:

Die angeblich seit Jahren feststehenden Akkordlöhne wurden bislang unausgesetzt reduzirt, so daß die in betracht kommenden Drehbankpolirer in der Württembergischen Metallwaaren-Fabrik für Arbeiten, die ausschließlich Reparaturen sind, und darum stets wechseln, heute die Hälfte weniger bezahlt erhalten, als in anderen Fabriken der gleichen Branche. Die 33prozentige Lohnreduktion hat stattgefunden, indem die Firma für Arbeiten, für die sie bislang 15 Pf. gab, blos 10 Pf. geben wollte, was die Arbeiter damit beantworteten, daß sie nunmehr blos im Tagelohn derartige Arbeiten anzufertigen in der Lage wären. Die Württembergische Metallwaaren-Fabrik beschäftigt in Geißlingen (Württemberg) 2000 Arbeiter und besitzt hier zur Erledigung der Reparaturen und dringlicher Arbeiten eine kleine Filial-Fabrik. Wenn sie glaubt, für die hiesigen Verhältnisse und für die laufenden kleinen Aufträge die Akkordsätze der Geißlinger Massenfabrikation einführen zu können, so dürfte sie sich sehr irren. Bezeichnend für die Arbeiterfürsorge der Firma ist, daß aller 14 Tage die Arbeiter mit dem Organ des Wohlfahrtsvereins der Württembergischen Metallwaaren-Fabrik, der „Feierstunde", einem mehr als simplen Schwabenblättchen, traktirt werden. Auf einem Ausfluge der Arbeiter, dessen Kosten die Firma übernahm, bezeichnete Herr Alle, stellvertretender Leiter der hiesigen Filiale, die Berliner Fabrik und ihr Personal als „fliegende Kolonne" des „Welthauses in Geißlingen", dazu da, um den Kunden an das Geißlinger Stammhaus zu fesseln. Der Herr empfahl dann noch den Arbeitenden strenge Pflichterfüllung nach „Geißlinger Schule". Ob das A B C der Geißlinger Schule die begonnenen Maßnahmen der Firma sind, bleibt dahin gestellt.

Die Ortsverwaltung Berlin
des deutschen Metallarbeiter-Verbandes.
Berthold Kunz. Albert Böhnke.

Buchdruckerverein Rixdorf. Aus Anlaß der in Berlin einberufenen außerordentlichen Vereinsversammlung findet die statutenmäßige Vereinsversammlung Sonntag, den 20. September, statt.

Der Streik der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen in Fürstenwalde nimmt an Ausdehnung zu. Am Montag berichtete in einer Versammlung die Streikkommission über die bisher mit den Unternehmern gepflogenen Verhandlungen. Die Fabrikanten haben sich ausnahmslos ablehnend verhalten. Nach einem Referat Börner's aus Berlin, der das Berechtigte der minimalen Forderungen hervorhob und zu festem Zusammenhalt aufforderte, nahm die Versammlung eine Resolution an, worin das Vorgehen der Ausständigen gut geheißen und ihnen thatkräftige Unterstützung in Aussicht gestellt wird. Alle Zuschriften sind zu richten an A. Grüneberg, Geldsendungen an Otto Stahr, beide in Fürstenwalde, Zentralherberge 30.

Der versuchten Erpressung bei Gelegenheit des Mohrschen Boykotts sollen die Mitglieder der Boykotkommission J. Heine, Gertz und Stabbert in Altona doch verdächtig sein, so hat wenigstens das Oberlandesgericht in Kiel auf Beschwerde der Staatsanwaltschaft gegen den Beschluß des Landgerichts entschieden, das die Genannten für nicht verdächtig erklärte.

Aus dem abweisenden Beschluß des Landgerichts ergiebt sich schon, daß die Anklage auf äußerst schwachen Füßen steht.

Die Kohlenarbeiter in Hamburg-Altona haben wegen Ablehnung ihrer Forderungen die Arbeit eingestellt.

Aus Leipzig. Während des Streites um die Einführung der Buchdrucker-Tarifgemeinschaft brachte vor der General-Versammlung des Verbandes deutscher Buchdrucker der damalige Redakteur des „Korrespondent", Arthur Gasch, in Nr. 71 desselben vom 24. Juni 1896 ein Inserat folgenden Inhalts: „Zur Generalversammlung erscheint: Die Leitung des Buchdruckerverbandes während acht Jahren dienstbar der Polizei, den Unternehmern und der kapitalistischen Politik. Ein Bericht an die Generalversammlung des Verbandes der deutschen Buchdrucker am 13. Juli 1896, erstattet von Arthur Gasch."

Durch dieses Inserat fühlte sich Döblin, der Vorsitzende des Deutschen Buchdruckerverbandes, beleidigt. Er stellte Strafantrag und hat jetzt die großartige Genugthuung, daß sein ehemaliger Gesinnungsgenosse vom Leipziger Schöffengericht zu einem Monat Gefängniß verurtheilt worden ist, daß Gasch's Widerklage abgelehnt wurde und daß das Urtheil auf dessen Kosten im „Correspondent" und in der „Buchdrucker-Wacht" veröffentlicht werden darf.

Der Vorsitzende der Buchdrucker-Gewerkschaft begnügte sich also nicht mit der Vernichtung seines Gegners durch die Hallesche Generalversammlung, es genügte ihm auch nicht, daß er Gasch durch den dienstwilligen Leipziger Vorstand seiner durch 20jährige Mitgliedschaft erworbenen Kassenrechte verlustig machen ließ, sein Rachedurst verschmähte es nicht einmal, den ehemaligen Helfershelfer vor den Richter zu zerren und durch seinen Rechtsanwalt zu verlangen, daß er ins Gefängniß geworfen werde. Wir haben keinerlei Sympathie für Gasch, aber die Art und Weise, wie Döblin den erschlagenen Gegner verfolgt, sodaß er ihn auch noch um sein letztes, um seine Freiheit zu bringen sucht, das übersteigt alles, was in der Arbeiterbewegung je erlebt worden ist. Wollte Döblin sich von dem von Gasch geäußerten Verdachte reinigen, daß er der Polizei und den Unternehmern Dienste geleistet habe, so war es das verkehrteste, sich seine gewerkschaftliche Sittenreinheit vom Strafrichter bescheinigen zu lassen. Durch den Prozeß legt er der Verdächtigung eine Bedeutung bei, die diesem sonst von niemand zuerkannt worden ist. Und was ist durch die Prozessirung Gasch's für den Buchdruckerverband erreicht, dessen Wohl und Wehe Döblin als Vorsitzender doch in erster Linie zu berücksichtigen hat? Der Zwist, der in allen Gauen und Mitgliedschaften der ehedem so musterhaft einigen Buchdruckerorganisation wühlt, woran Döblin durch sein provokatorisches Auftreten die Schuld in gleichem Maße wie Gasch trägt, er wird durch die Verurtheilung Gasch's nur neue Nahrung empfangen!

In Straßburg i. E. legten 25 Steinmetzen der Firma Kirchenbauer u. Walz die Arbeit nieder, weil ihnen, wie angegeben wird, am letzten Lohntage pro Mann 5—6 M. weniger ausgezahlt wurden, als sie beanspruchten.

Aus St. Ludwig i. E. wird uns vom 7. September geschrieben: Die bei den im Juni dieses Jahres vorgenommenen Gemeindewahlen gewählten sozialistischen Gemeinde-Vertreter im Ober-Elsaß halten am nächsten Sonntag eine Landeskonferenz in Mühlhausen ab, um sich über ein einheitliches Aktionsprogramm zu einigen. Die Konferenz wird als Réunion privée einberufen, zu der nur schriftlich Eingeladene Zutritt haben.

Am Wiener Posamentierstreik sind 450 Personen und 36 Firmen betheiligt; zwei Drittel der Ausständigen sind Arbeiterinnen. Die Löhne der Arbeiterinnen betrugen 3—4,50 fl. wöchentlich, nur sehr wenige verdienten 5 und 6 fl. Die Arbeiter bekamen 6—7, in seltenen Fällen bis 9 und 10 fl. Verlangt wird: der Zehnstundentag, ein Minimallohn von 10 fl. für Arbeiter und von 6 fl. für Arbeiterinnen, 20prozentige Erhöhung der Akkordpreise und 50 pCt. Aufschlag für Ueberstunden. Die größte Firma (Ph. Schwarz) und eine Reihe anderer hat diese Forderungen bewilligt, deren Personale — ca. 170 Personen — nahmen deshalb die Arbeit wieder auf.

Sämmtliche Eisengießer der Firma Demeter Hauer in Wien — an Zahl ca. 30 Mann — stehen im Streik, weil die Einführung von Lohnbüchern verweigert wurde.

Aus Iglo in Ungarn berichtet die „Frankf. Ztg.": Auf den Witkoviczer Eisenwerken ist ein allgemeiner Streik der Bergarbeiter ausgebrochen.

In der Buchdruckerei von Granitz in Agram in Kroatien wurde den Buchbinderei-Arbeiterinnen der Neunstundentag und die entsprechende Lohnerhöhung verweigert, die dem Buchdruckerei-Personal bewilligt worden war. Die Buchbinderei-Arbeiterinnen stellten darauf die Arbeit ein. Es ist das, schreibt die Wiener „Arbeiter-Zeitung", der erste Arbeiterinnen-Lohnkampf in Kroatien. Die gesammte kroatische Arbeiterschaft ist begeistert von dem muthigen Vorgehen der jungen Genossinnen und wird bestrebt sein, ihnen durch werkthätige Hilfe zum Siege zu verhelfen.

Soziales.

Im Korpsbericht der Studentenverbindung „Thuringia" zu Jena, der sich auf das Sommersemester 1896 erstreckt und bei Anton Kämpfe in Jena gedruckt ist, heißt es auf Seite 19:

„Die Weinstube von Göhre kam wegen unverschämten Betragens Korpsbrüdern gegenüber für ein Semester in C. C.-Verruf."

Das Korps „Thuringia" erfreut sich, wie aus einer anderen Stelle des Berichts hervorgeht, des Wohlwollens der Universität und der Behörden. Dieses Wohlwollen danken die Herren Korpsstudenten wohl nicht ihrem eigenen Verdienst, sondern der Stellung und dem Geldbeutel ihrer Väter; ohne dieses würde sich der betreffende Kneipwirth wohl auch über die Verrufserklärung der Korpsstudenten ebenso wie über die anderer dummer Jungen hinwegsetzen.

Da in dem kleinen Jena die Weinstuben-Besitzer auf die Kundschaft der Studenten sicherlich nur höchst ungern verzichten, werden die Herren Korpsbrüder von der „Thuringia" es wohl danach getrieben haben, daß man sie angeblich „unverschämt" behandelte. Aber abgesehen davon, dieselben Leute, die jetzt wegen irgend einer Lappalie einen Wirth in Verruf erklären, werden sich dereinst als Richter kein Gewissen daraus machen, Arbeiter mit schwerer Gefängnißstrafe zu belegen, die im Kampf um bessere Arbeitsbedingungen gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung verstießen!

Depeschen und letzte Nachrichten.

Paris, 10. September. (W. T. B.) Ein äußerst heftiger von Südwest kommender Wirbelwind ging heute Nachmittag über das Centrum von Paris nieder. Der Schaden ist sehr bedeutend. Bäume wurden entwurzelt, zahlreiche Personen verletzt. In dem Augenblick, als der Wirbelwind hereinbrach, fiel das Barometer um 5 Millimeter, später stieg es wieder um 5½ Millimeter.

Ganz besonders wüthete der Wirbelsturm auf einem Quai, wo große Bäume entwurzelt und in die Seine geweht wurden. Bei dem Pont neuf wurden mehrere Boote durch den Sturm zum Sinken gebracht, eine Barke wurde 15 m in die Höhe gehoben und dann auf den Quai geschleudert. Mehrere Droschken wurden vollständig zertrümmert; eine Droschke wurde zwanzig Meter weit fortgeschleudert, mehrere Kutscher und Fahrgäste wurden schwer verletzt. Auf dem Pont au change wurde ein Omnibus umgeworfen; der Kutscher desselben blieb todt, zwei Fahrgäste wurden schwer verletzt. In der Präfektur wurde eine Thür herausgerissen, dieselbe zerschmetterte einer Person, welche neben dem Thorwege Schutz gesucht hatte, den Schädel. Auf große Strecken hin wurden die Fensterscheiben zertrümmert und die Dächer eingedrückt. Die genaue Zahl der Opfer ist noch nicht bekannt; außer den gemeldeten Todten sollen etwa 50 Personen verwundet sein, darunter mehrere schwer.

Rom, 10. Sept. (W. T. B.) In einer vom Zentrum der Stadt weit abgelegenen kleinen Straße wurden heute drei in Lumpen gehüllte Bomben gefunden. Dieselben wurden ins Polizeibureau zur Untersuchung geschafft.

Pau, 10. September. (W. T. B.) Zahlreiche spanische Deserteure haben die Grenze überschritten.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Schröder, Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 1 Beilage.

Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 213. Freitag, den 11. September 1896. 13. Jahrg.

Lokales.

Achtung, Parteigenossen! Bekanntlich ist auf der Brandenburger Parteikonferenz die Lokalfrage zur Erledigung angesetzt. Selbstverständlich ist die letzte Lokalliste auch gegenwärtig maßgebend und nach wie vor zu beachten. Die Lokalkommissionen werden ersucht, bis spätestens den 18. September dem Unterzeichneten diejenigen Ortschaften zu bezeichnen, wo keine Versammlungen abgehalten werden können resp. wo die Wirthe sich weigern, für unsere Zwecke ihre Säle herzugeben. Um genaue Angabe der Namen und Ortschaften wird gebeten. Im Auftrage der Lokalkommission: Karl Scholz, Wrangelstr. 32.

Einen Appell an Bürgerpflicht und Menschlichkeit richtet die freisinnige „Berliner Zeitung“ in Sachen der Konfektionsfrage an die Unternehmer dieser Branche. Nach einer wehmüthigen Betrachtung über die Nutzlosigkeit der redlichen Bemühungen des Berliner Gewerbegerichts fragt das Blatt:

„Was ist nun zu thun? Sollen diese armen Arbeiter und Arbeiterinnen, die in sozialpolitischer Beziehung Hilflosesten aller Arbeitnehmer, sollen sie wieder dem Ausbruch der Verzweiflung, wieder einem Ausstande zugetrieben werden? Oder sollte es nicht auch bei jenen Berliner Bürgern, die als Unternehmer in der Konfektionsbranche thätig sind, gelten, daß ein gutes Wort eine gute Statt findet? Der Ruhm des Berliner Gewerbefleißes, von den Gefilden Treptows ausklingend, tönt jetzt besonders stark in allen Landen. Die Berliner Konfektion nimmt einen stolzen Platz ein in dem gewerblichen Schaffen der Reichshauptstadt. Und soll in der schönen Frucht der häßliche Wurm des sozialen Elends der Arbeiterschaft weiter stecken und fressen? Kann es die Berliner Konfektionäre in ihrem geschäftlichen und bürgerlichen Ansehen erhalten und heben, wenn neben ihren anerkannten Leistungen und neben ihren erheblichen Gewinnen die Klage hergeht, daß ihren Arbeitern nicht gehalten worden, was ihnen versprochen war, daß ihre Arbeiter nach wie vor ein bemitleidenswerthes Dasein zu führen haben? Wir appelliren an den Bürgersinn, an die Menschlichkeit und geschäftliche Honorigkeit unserer Konfektionäre und bitten, alsbald Wandel und Hilfe zu schaffen. Damit werden die Konfektionäre nicht blos eine Menschenpflicht erfüllen, sondern sich selber einen Gefallen thun.“

Wir erwähnen dies wohlgefügte Klagelied nur der Kuriosität halber, um zu zeigen, wie beschränkt man noch in freisinnigen Kreisen denken muß, wenn man sich dort modernen Unternehmern vom Schlage der Konfektionäre gegenüber einen anderen als einen Heiterkeitserfolg von dem Appell an Menschlichkeit und Bürgerpflicht verspricht. Wie soll man im Kreise der Konfektionäre solche Alfanzereien üben, wenn man dort die Grundbedingung jedes gesitteten Verkehrs, die Verpflichtung auf Treu und Glauben, im sozialen Kampfe fröhlich über Bord wirft, und die Arbeiterschaft in Ermangelung ehrlicher Waffen mit Lug und Trug, mit gemeinem Bruch feierlich gegebener Versprechungen, kurz mit den Mitteln des Schufterle bekämpft? Es charakterisirt das Niveau der bürgerlich freisinnigen Kreise, wenn man derartigen Elementen, anstatt sie gesellschaftlich zu ächten, mit Bürgerpflicht, Menschlichkeit und ähnlichen, ihnen völlig unverständlichen Dingen kommt.

Die „National-Zeitung“ sucht sich gegenüber unserer Festnagelung, die Gewerbe-Ausstellungs-Reklamen betreffend, damit herauszureißen, daß es sich blos um ein Inseraten-Unternehmen des Herrn Flatow handle; die Expedition hätte sich nur bereit erklärt, die Inseratenaufträge direkt für Herrn Flatow entgegenzunehmen. Wie faul diese formell ja nicht zu widerlegende Ausrede in bezug auf das Wesen der Sache ist, geht schon aus der Thatsache hervor, daß das von uns an den Pranger gestellte Zirkular breitspurig die Ueberschrift „National-Zeitung“ trägt und von der Expedition des Blattes herausgegeben ist. Das Blatt scheint übrigens selber noch ein wenig zu fühlen, wie beschämend im Grunde ein solches Treiben ist, denn es erklärt: „Hätte das Zirkular, worin sie dies angezeigt, der Leitung des Verlags der „National-Zeitung“ vorgelegen, so wäre für eine so deutliche Klarstellung des Sachverhalts gesorgt worden, daß die Entrüstungs-Komödie des „Vorwärts“ unmöglich gewesen wäre.“ Wenn das Blatt weiter schreibt, aber auch so sei sicherlich kein Aussteller in Zweifel darüber gewesen, daß es sich nicht um Ausstellungsberichte der „National-Zeitung“, sondern um das Inseraten-Unternehmen des Herrn Flatow handle, so trifft diese fade Argumentation völlig vorbei, da es uns im Traum nicht eingefallen ist, von der „National-Zeitung“ zu behaupten, daß sie die inserirenden Aussteller schädigen wolle. Was wir gegeißelt haben, war, wie das Blatt auch sehr wohl weiß, die Irreführung des Publikums, die es mit Hilfe der Aussteller und des Herrn Flatow systematisch für 1 M. die Zeile betreiben will. Und das muß, wie wir nochmals erklären, als literarischer Unfug bezeichnet werden.

Es wird wiederholt davor gewarnt, Miethsverträge über Räume in neuerbauten oder umgebauten Häusern für eine Zeit abzuschließen, zu welcher die von der Zustellung des Rohbau-Abnahmescheins ab laufende Frist von sechs Monaten für die Gebrauchsabnahme-Prüfung noch nicht verstrichen ist, da die Polizei-Organe vor Ablauf dieser Frist das Beziehen der fraglichen Räume nicht dulden und nach den gesetzlichen Bestimmungen noch nicht dulden können. Die Polizeireviere werden nach wie vor auf Anfragen aus dem Publikum über den voraussichtlichen Termin der Beziehbarkeit von Wohnungen in neuen bezw. umgebauten Häusern bereitwilligst Auskunft ertheilen.

Der deutsche Anwaltstag zu Berlin, der heute und Sonnabend im Abgeordnetenhause tagt, hat folgende Vortragsgegenstände auf die Tagesordnung gesetzt: 1. Empfiehlt sich im Zivilprozesse an Stelle des Partei-Eides die Einführung der eidlichen Vernehmung der Parteien? Berichterstatter Justizrath M. Levy in Berlin. 2. Ist es angezeigt, die Revisionssumme zu erhöhen? Berichterstatter Rechtsanwalt Dr. M. Breslauer in Breslau. 3. Ist es angemessen, die Zuständigkeit der Amtsgerichte der Summe nach zu erhöhen? Berichterstatter Justizrath Dedolph in Kottbus und Rechtsanwalt Burgheim in Minden. 4. Ueber die Art des Rechtsstudiums auf den Universitäten. Berichterstatter Rechtsanwalt Prof. Dr. Hellmann in München und Justizrath Dr. Goldschmidt in Berlin. 5. Ueber die Revision des Handelsgesetzbuches. Berichterstatter Rechtsanwälte Hermann Staub und Dr. Simon in Berlin. Am Sonnabend, vormittags 9 Uhr, findet die Hauptversammlung der Hilfskasse für deutsche Rechtsanwälte unter Vorsitz des Geh. Justizraths Dr. Bussenius statt.

Der Duellmörder Zeremonienmeister v. Kotze, der sich zur Zeit auf der Festung in Glatz befindet, soll, wie dem „Breslauer General-Anzeiger“ mitgetheilt wird, in persönlicher Angelegenheit (Konsultation eines Arztes) auf einige Tage beurlaubt gewesen sein und diesen Urlaub theils bei seiner in Landeck sich aufhaltenden Gattin, theils in Breslau zugebracht haben. — Für sozialdemokratische Redakteure, die in preußisch-deutschen Gefängnissen erkranken, ist der Anstaltsarzt da. Einem Verbrecher dieses Schlages ist bekanntlich nicht einmal gestattet worden, auf dem Gerichtskorridor seine Frau für einige Augenblicke sprechen zu dürfen. Der Mann hatte eine „Preßsünde“ und kein Menschenleben auf dem Gewissen.

Mit dem Bau der elektrischen Stadtbahn der Firma Siemens u. Halske ist gestern Morgen an der Ecke der Gitschiner- und Alexandrinenstraße begonnen worden. Der Bau wird zunächst in der Richtung nach dem Wasserthor fortschreiten; wegen der Inangriffnahme der Fundirungsarbeiten in der Skalitzerstraße bis zum Schlesischen Thor ist die Firma Siemens u. Halske bei den zuständigen Behörden bereits vorstellig geworden.

Die Verhaftung des Direktors Oskar Schuster von der Norddeutschen Handelsgesellschaft, Leipzigerstr. 185, die am Mittwoch in später Abendstunde durch den Kriminalbeamten Karge erfolgte, erregt in Geschäftskreisen großes Aufsehen. Die Verhaftung erfolgte aus einer Droschke heraus, in der Sch. mit einer Frau Itzig, genannt Ilsen, vor deren Wohnung in der Hedemannstraße hielt. Die Frau des Direktors Schuster lebt in Dresden. Grund der Verhaftung soll das Geschäftsgebahren Schuster's bei den von ihm gegründeten und geleiteten Instituten der Berliner Immobilien-Aktienbank, Deutschen Spar- und Depositenbank, dem Kaiser Wilhelm Bauverein, der Charlottenburger, der Rixdorfer Terraingesellschaft, der Berliner Brauhaus-Gesellschaft, seiner neuesten Gründung sein. Der frühere Direktor der Berliner Immobilien-Aktienbank, Eugen Friedmann, soll der Kriminalpolizei die betreffende Klarlegung gegeben haben. Im Anschluß an die Festnahme fand gestern die Beschlagnahme der Bücher und Akten in den verschiedenen Geschäftsstellen statt. Die Leitung hat der Kriminalkommissar Wolff. Es handelt sich um bedeutende Summen. Wo diese geblieben sind, ist noch nicht klargelegt. Der persönliche Verbrauch Schuster's soll gewaltig gewesen sein; er wird auf 80 000 M. jährlich geschätzt. Schuster befindet sich noch im Polizeigebäude am Alexanderplatz. Es gewinnt den Anschein, als ob dieser sensationellen Verhaftung noch andere auf dem Fuße folgen werden.

Ueber die Angelegenheit Schuster wird weiter berichtet: Die Beschlagnahme in den verschiedenen Gesellschaften — auch in Rixdorf und Charlottenburg — wurde durch 14 Kriminalbeamte vollzogen und dauerte von 9 Uhr vormittags bis zum Spätnachmittage. Die beschlagnahmten Bücher, Akten und Korrespondenzen wiegen nicht weniger als 60 bis 80 Zentner und wurden in Möbelwagen und Droschken nach Moabit gebracht. Auch bei Frau Itzig fand eine Haussuchung statt, bei der alle Werthsachen als von Schuster herrührend mitgenommen wurden. Die unterschlagene Summe wird auf 2 bis 3 Millionen mit Sicherheit angegeben. Zum besseren Verständniß der ganzen Angelegenheit, die seit etwa 7 Jahren spielt, — so lange besteht die Berliner Mobilien-Aktienbank — greifen wir auf das frühere Geschäftsleben Schuster's zurück. Schon als 19jähriger Jüngling war er Inhaber eines Bankgeschäfts in Dresden, wo er mit etwa anderthalb Millionen Schulden abschnitt. Dann kam der jetzt 43jährige Mann nach Berlin und gründete mit seiner Frau und seinem Vater ein neues Geschäft unter der Firma Schuster u. Cie. Während dieser Zeit leistete er einen Offenbarungseid. Damit dies hier nicht bekannt werden sollte, ließ er sich in Werder a. H. anmelden und legte dort den Eid ab.

In einer Lokalkorrespondenz wird Schuster als Sozialdemokrat bezeichnet. Zu dieser Mittheilung haben wir zu erklären, daß der Verhaftete vor dem Sozialistengesetz und während der ersten Jahre desselben sich in Dresden allerdings als Parteigenosse aufspielte, aber nie eine aktive Rolle als solcher spielte. Die Schwindeleien, die er dort vor Jahren beging, veranlaßten unsere Parteigenossen jedoch, sich von dem Manne abzuwenden. In Berlin hat Schuster nicht das geringste mit der sozialdemokratischen Partei oder einzelnen Personen derselben zu thun gehabt.

Ausgewiesen wurde dieser Tage der aus Oesterreich gebürtige Konditor Engelbert Mader. Der Grund dieser Maßregel soll in einer Rempelei bestehen, in der Mader verwickelt war. Der Ausgewiesene läßt Weib und Kinder zurück.

Nach Spandau abgeführt sind aus Anlaß der bekannten Schlägerei zwischen Kürassieren und Dragonern die Kürassire Matt und Wallrafen von der vierten Schwadron des Garde-Kürassierregiments. Der erstere war am schwersten verletzt und hat wochenlang im Lazareth gelegen, bis die Untersuchung gegen ihn geführt werden konnte. W. war gleichfalls bei der Schlägerei betheiligt, aber nicht bekannt geworden, da er keine Wunden davongetragen hatte. Später hat er sich durch seine Großthuerei selbst verrathen. Beide sollen lange Strafen zu erleiden haben.

Die in der Angelegenheit des „Krause-Attentats“ mehrfach genannte Frau Zürller in Rixdorf ist einer Zeitungsmeldung zufolge jetzt abermals verhaftet worden. Ein Berichterstatter meldet in der Sache: Die Ermittelungen der Behörde sind thatsächlich noch nicht so weit vorgeschritten, daß die Erhebung einer Anklage bereits erfolgen kann. Das bis jetzt vorhandene Beweismaterial gegen K. ist immer noch ziemlich mangelhaft, umso mehr, als diejenigen Personen, welche den Attentäter gesehen, bezüglich der Rekognoszirung des K. mit einander in Widerspruch stehen und auf die Angaben dieser Zeugen in Rücksicht auf die Länge der Zeit nicht mehr allzuviel zu geben ist.

Aus gekränktem Ehrgefühl hat sich der 18 Jahre alte Uhrmacherlehrling Willy Götzmann aus der Dresdenerstr. 9 am Dienstag Nachmittag vergiftet. Er war in einem Uhrengeschäft der Friedrichstadt beschäftigt und erhielt von seinem Prinzipal, wegen Ausbleibens ohne Grund, eine Ohrfeige. Aus dieser Veranlassung hat er in der elterlichen Wohnung Cyankalium genommen. Drei Aerzte konnten nicht helfen. Götzmann wurde nach Bethanien gebracht und starb dort am Mittwoch früh.

Wegen Entführung einer Minderjährigen ist der Großschlächter und Trabrennstall-Besitzer Schmidt von der hiesigen Firma Schmidt u. Schmeichel verhaftet worden. Das entführte Mädchen stammt aus Hamburg.

Durch das Zerspringen einer Flasche mit heißer Milch, die er bei sich trug, ist der siebenjährige Sohn des in der Blumenthalstraße wohnenden Handelsmannes Herzberg derart verbrüht worden, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Polizeibericht vom 10. September. Gestern Nacht starb im Krankenhause Bethanien der 17 Jahre alte Uhrmacher-Lehrling Willy Götzmann an den Folgen fortgesetzten Genusses von Opium, das ihm ein in einem Droguengeschäft lernender Freund verschafft haben soll. — Gestern Vormittag fuhr der auf einem Dreirade sitzende Bote der Berliner Verkehrsanstalt, der siebzehnjährige Franz Würsig, an der Ecke der Perlebergerstraße und des Südufers gegen einen Geschäftswagen, fiel dabei von seinem Gefährt herab und erlitt Verletzungen an den Händen und an der Brust. — Beim Spielen lief nachmittags der fünfjährige Sohn des Hutmachers Karche in der Flottwellstraße gegen einen Geschäftswagen, gerieth unter die Räder und wurde am Handgelenk und an der Schulter leicht verletzt. — An der Ecke der Frucht- und Großen Frankfurterstraße wurde gegen Abend die achtjährige Tochter des Arbeiters Hornstein durch einen Geschäftswagen überfahren und an einem Knie anscheinend leicht verletzt. — Abends stürzte in der Belle-Alliancestraße der 52jährige Stallmann Hermann Wirth mit einem Omnibuspferde und erlitt dabei eine Quetschung der Brust und eine Verrenkung der rechten Schulter. — Heute Nacht erschoß sich im Thiergarten in der Nähe der Lennéstraße ein etwa 50jähriger Mann. Die Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht.

Aus den Nachbarorten.

Zur Lokalliste. In Steglitz ist das Lokal von Neukamm, Fichtestr. 72, von der Lokalliste zu streichen.

Die Gemeindevertretung von Friedrichsberg-Lichtenberg-Wilhelmsberg hat beschlossen, die Frankfurter Allee von der Ringbahn, wo das Berliner Terrain aufhört, bis nach Friedrichsfelde ebenso herzustellen und mit Bäumen zu bepflanzen, wie es die Stadt Berlin mit der Frankfurterstraße beziehungsweise Allee gethan hat.

Aus Rixdorf. Es ist hier seit Jahren die Unsitte eingebürgert, daß anläßlich des Sedanrummels halbwüchsige Burschen und Schulknaben auf den Straßen allerhand Feuerwerkskörper abbrennen und so die Passanten gefährden. In diesem Jahre war dieser Unfug besonders arg, da die gegen Sozialdemokraten so schneidig auftretende Gendarmerie augenscheinlich an diesem Tage dem Treiben nicht genügend Einhalt thun konnte. Die Folge ist nun, daß seitdem allabendlich der Unfug mit Feuerwerkskörpern immer ärger wird. Man kann kaum eine Straße passiren, ohne fürchten zu müssen, von den umhersprühenden Funken der Böller, Frösche, Schwärmer und dergleichen verletzt zu werden. Namentlich haben Frauen und Mädchen unter diesem Unfug der Straßenjugend und halbwüchsigen Burschen arg zu leiden. Bereits haben wiederholt Privatpersonen, freilich ohne sichtlichen Erfolg, gegen die Thäter einschreiten müssen.

Ein gemeingefährlicher Schwindler, der seit längerer Zeit unter dem Namen eines Bauernsohnes Schulz aus Bohnsdorf zahlreiche Private in den Berliner Vororten arg geprellt hat, wurde von einem in Köpenick stationirten Gendarmen dingfest gemacht und in das hiesige Amtsgefängniß eingeliefert. Der Verhaftete heißt Grothe und stammt in der That aus Bohnsdorf.

Gewerbe-Ausstellung 1896.

Futterneid. Das „Berl. Tgbl.“ schreibt: „Die Angriffe auf die Ausstellungsleitung wollen nicht verstummen. Gartenbau-Direktor Lackner-Steglitz versendet eine Druckschrift, in welcher die Behauptung aufgestellt ist, daß Herren der Ausstellungsleitung und sogar solche in hervorragender Stellung in geschäftlicher Beziehung zu der Ausstellung als Gesammtheit stehen. Gartenbau-Direktor Lackner selbst ist vor etwa anderthalb Jahren wegen ähnlicher Beziehungen aus dem Gesammtvorstand ausgeschlossen worden und sieht sich durch die Nichtanwendung des Prinzips, das zu seiner Entfernung geführt hat, in den von ihm angedeuteten Fällen benachtheiligt. Die Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses, dem bekanntlich auch die Mitglieder des Arbeitsausschusses angehören, werden nicht umhin können, sich zu diesem Vorwurf zu äußern, um so mehr, als Herr Lackner von mehreren in betracht kommenden Persönlichkeiten spricht, während frühere, bisher unwiderlegt gebliebene Angriffe sich immer nur gegen eine Person richteten.“

Die zahllosen Fundbureaus in der Ausstellung bilden eine stehende Beschwerde für diejenigen Besucher, welche irgend einen Gegenstand verloren haben und diesen wieder in ihren Besitz zu bringen suchen. Das Publikum sucht solche Gegenstände in dem Offiziellen Fundbureau der Gewerbe-Ausstellung wiederzuerlangen, jedoch in vielen hunderten von Fällen vergeblich, wiewohl die betreffenden Gegenstände thatsächlich aufgefunden und in Verwahrung genommen worden sind. Außer dem Offiziellen Fundbureau existirt ein solches für die Rundbahn, für die Stufenbahn, Fundbureaus der einzelnen Restaurants insofern, als jeder Gastwirth die in seinem Lokal gefundenen Gegenstände selbst in Aufbewahrung nimmt u. s. w. Wohl in den seltensten Fällen ist der Ausstellungsbesucher in der Lage, festzustellen, wo er diesen oder jenen Gegenstand verloren hat und ist es ihm natürlich nicht möglich, in allen Theilen des Parkes Nachfrage zu halten. Es wäre doch wünschenswerth, daß der Arbeitsausschuß dafür Sorge tragen würde, daß das Offizielle Fundbureau der Ausstellung als Zentrale betrachtet, bei welcher die sämmtlichen, innerhalb des Ausstellungsterrains gefundenen Gegenstände abgegeben werden müssen.

Gerichts-Zeitung.

Ein schwerer Unglücksfall in der Fabrik von Siemens u. Halske in Charlottenburg bildete den Gegenstand einer Verhandlung, die am Donnerstag vor der ersten Ferienstrafkammer des Landgerichts II stattfand. Angeklagt ist der Ingenieur de la Sauce und der Werkmeister Krüger. Sie sind der fahrlässigen Tödtung und der fahrlässigen Körperverletzung angeklagt, die dadurch verschuldet sein soll, daß sie als Betriebsleiter die von ihnen zu fordernde Vorsicht außer acht gelassen haben. Der Thatbestand des Unfalles ist folgender: Am 19. Dezember vorigen Jahres hatten vier Arbeiter einen Vorwärmer zu einem Dampfkessel zu reinigen, während zwei andere Kessel, deren Vorwärmer durch ein gemeinschaftliches Abzugsrohr mit demjenigen, in welchem der Unfall passirte, verbunden sind, in Betrieb waren. Als die Arbeiter mit der Reinigung beschäftigt waren, strömte Dampf und siedendes Wasser aus den anderen Vorwärmern durch das gemeinsame Dunstrohr, wodurch die Arbeiter derart verbrüht wurden, daß der eine von ihnen infolge dessen verstarb, während die drei anderen wieder hergestellt worden sind. Durch die Verhandlung sollte festgestellt werden, ob der Unfall durch eine technisch fehlerhafte Anlage des Betriebes verschuldet sei, oder ob während der Reinigung des einen Vorwärmers auch die beiden anderen Kessel außer Betrieb zu setzen seien, oder endlich, ob eine Absperrung des zu reinigenden Vorwärmers gegen die anderen geboten sei. Seitens der Angeklagten sowie eines Zeugen und des Sachverständigen wurden sehr eingehende technische Erörterungen gepflogen. Der gerichtliche Sachverständige, Ober-Ingenieur Oesten, hält die technische Einrichtung der Kessel und Vorwärmer für durchaus einwandsfrei. Unter gewöhnlichen Umständen sei ein Uebertreten des Wassers aus den in Betrieb befindlichen Vorwärmern in den zu reinigenden Apparat ausgeschlossen, so daß man nach Art der Anlage einen Unfall nicht voraussehen konnte. Die Absperrung des Dunstrohres durch Blindflantsch, welche ein Zeuge für nothwendig hielt, sei nicht unbedingt geboten.

Der zweite Sachverständige, Gewerbe-Inspektor Heyroth, bezeichnet die Betriebsanlage gleichfalls als eine technisch tadellose. Die Außerbetriebsetzung der anderen Kessel für die Zeit, in welcher der eine gereinigt werde, sei weder nothwendig noch technisch durchführbar. Es bestehe jedoch die Vorschrift, daß bei Reinigung eines Kessels derselbe gegen die nebenliegenden in Betrieb befindlichen Kessel abgesperrt werden müsse. Nicht selten kämen die Gewerbe-Inspektoren dieserhalb mit Fabrikleitern in Konflikt, welche sich weigerten, selbst unter

hohem Druck stehende Kessel in solchem Falle abzusperren. Nun erstrecke sich diese Vorschrift allerdings nicht auf Vorwärmer, weil in denselben kein hoher Dampfdruck stattfinde; da in den Vorwärmern bei Siemens und Halske das Wasser aber bis auf eine Temperatur von gegen 300 Grad Celsius erhitzt werde und infolge des dadurch entstehenden Dampfdrucks ein Ueberlaufen des siedenden Wassers durch das gemeinsame Dunstrohr in den außer Betrieb gesetzten Vorwärmer sehr wohl möglich sei, so hätte die Oeffnung des Dunstrohres durch einen Blindflantsch unbedingt abgesperrt werden müssen, denn bei einer derartigen Anlage müsse der Techniker stets mit der Möglichkeit eines Unfalles rechnen. Die Absperrung durch Blindflantsch sei technisch sehr leicht auszuführen und hindere den übrigen Betrieb durchaus nicht.

Nach dem Gutachten dieses Sachverständigen hält der Staatsanwalt die Anklage in vollem Umfange aufrecht und beantragt gegen jeden der Angeklagten eine Woche Gefängniß. Der Vertheidiger, Justizrath von Simson, führt in längerem Plaidoyer aus, daß man die Angeklagten nicht verantwortlich machen könne für einen Unfall, der nach Lage der Sache nicht vorauszusehen war. Der Gerichtshof kam nach kurzer Berathung zur Freisprechung beider Angeklagten, da man ihnen nicht zumuthen könne, auf Zufälligkeiten im Betriebe, wodurch möglichenfalls ein Unfall herbeigeführt werden könne, zu rechnen. Nur um einen solchen handele es sich hier und sei ein subjektives Verschulden den Angeklagten nicht beizumessen.

Ein Nachspiel des großen Konfektionsarbeiter-Streiks fand gestern vor dem Strafsenat des Kammergerichts seinen Abschluß. Die Näherin Dziengelewska war vor einiger Zeit vom Schöffengericht zu vierzehn Tagen und dann auf ihre Berufung hin vom Landgericht zu einer Woche Gefängniß verurtheilt worden, indem das Gericht sie für überführt erachtete, sich gegen den berühmten § 153 der Gewerbe-Ordnung vergangen zu haben. Und zwar wurde dies Vergehen in Vorhaltungen gefunden, welche die Angeklagte am 12. Februar dieses Jahres zwei Kolleginnen gemacht hatte, als sie dieselben in die Geschäftsräume ihres Arbeitgebers augenscheinlich zu dem Zwecke gehen sah, sich Arbeit zu holen, obwohl der Streik proklamirt war. Nach den Feststellungen des Gerichts hat sie zu der einen gesagt: „Na warten Sie mal, kommen Sie man wieder herunter, dann giebt's was", und zu der anderen: „Schämen Sie sich nicht, für solch' Geld zu arbeiten, Sie Streikbrecherin." In der ersten Aeußerung erblickte die Strafkammer die Androhung eines Uebels und in der zweiten eine Ehrverletzung im Sinne des § 153. Die Angeklagte ergriff hiergegen das Rechtsmittel der Revision und machte geltend, daß § 153 mit Strafe nur den bedrohe, wer andere durch die im Paragraphen angeführten Mittel zu Verabredungen zu bewegen suche, wie sie § 152 aufführt, z. B. zur Theilnahme am Streik. Aus den Aeußerungen, auf welche ihre Verurtheilung gestützt sei, gehe nicht hervor, daß sie die Frauen zu einer derartigen Verabredung habe bewegen wollen. Der Strafsenat erklärte aber die Vorentscheidung für rechtlich begründet und verwarf die Revision.

Aus dem Olympia-Theater. Vor dem Sitzungszimmer einer Abtheilung des hiesigen Schöffengerichts drängten sich gestern zahlreiche junge Männer und Mädchen, denen man auf zehn Schritte ansah, daß sie insgesammt dem Reich der Schminke angehörten. Mit lebhaften Handbewegungen und in einem Sprachengewirr, in welchem das englische Idiom vorherrschte, stritt man sich über die Einzelheiten des „Falles Douglas", der demnächst zu Verhandlung kommen sollte. Es schien sich um eine cause célobre zu handeln, in Wahrheit aber waren all' die schlanken Männer und schönen Frauen, die sich hier ein Stelldichein gegeben, Mitwirkende des „Olympia-Theaters" und der Fall Douglas betraf eine Boxerei, die sich eines Tages in den Ankleideräumen des Riesentheaters entwickelt hatte und sich um ein Paar Trikots und theatralischen Ausputz drehte. Herr Douglas, ein Englishman vom reinsten Wasser, war, wie sich aus den Gesprächen seiner Kollegen ergab, eines Tages mit einem Artisten um die Berechtigung zum Tragen eines bestimmten Kostüms in Streit gerathen, dieser war in Handgreiflichkeiten übergegangen und schließlich soll der Angeklagte seinen Gegner sehr unsanft mit einem Schlagring bearbeitet haben. Wie es scheint, behauptet Herr Douglas, daß er sich nur im Stande der Nothwehr befunden habe, denn er packte plötzlich aus einem großen Zeitungsbogen einen bleigrauen Gegenstand heraus, der einem Geschosse nicht unähnlich war. „Mein Gott, Sie bringen wohl gar eine Granate mit in den Gerichtssaal?" fragte ängstlich der Vorsitzende; Herr Douglas verlor aber seine Ruhe nicht, er meinte nur: Not at all!" und suchte in gebrochenem Deutsch dem Gerichtshofe klar zu machen, daß die vermeintliche Granate der aus Holz hergestellte Kopf eines dekorativen Theaterhammers sei, den sein Gegner auf ihm entzwei geschlagen habe. Als Zeugen waren vier Personen erschienen, die, wie sie erklärten, mit einer Monatsgage von 45 M. zu „Handbewegungen" für das Olympia-Theater engagirt waren bezw. noch sind. Sie kamen aber nicht dazu, ihr schätzenswerthes Zeugniß abzugeben, denn Mr. Douglas erklärte, daß er zu wenig Deutsch verstände, um der Verhandlung folgen zu können. Ihm erschien sofort ein Retter in der Noth: Die Thür des Gerichtszimmers wurde aufgerissen und herein stürmte ein fein pomadisirter, tänzelnder Jüngling, der auf die erstaunte Frage nach seinem Begehr dem Vorsitzenden wiederholt die Versicherung gab, daß er Deutsch und Englisch fließend wie Wasser spreche und seinem Freunde als Dolmetsch dienen wolle. Er war sehr betrübt, vom Vorsitzenden zu erfahren, daß vor Gericht ein jeder seine eigene Haut zu Markte zu tragen habe und eventuell nur die Hilfe eines gerichtlichen Dolmetschers in Anspruch genommen werden dürfe. Da bei weiteren schüchternen Versuchen der Verständigung Mr. Douglas immer nur die Antwort hatte: „I can not verstehʼn!" so blieb nichts übrig, als die Sache zu vertagen und zu einem nächsten, noch vor Schluß des Olympia-Theaters anzuberaumenden Termin einen gerichtlichen Dolmetscher zu laden.

Gegen den Herausgeber der „Heirathszeitung", der kürzlich in Breslau eine exemplarische Strafe erhielt, sollen noch weitere derartige Klagen anhängig gemacht sein, die demnächst zur Verhandlung gelangen. Gegen das Breslauer Erkenntniß hat der Verurtheilte Revision eingelegt, da er hofft, dem Reichsgericht klar machen zu können, daß er als „Geschäftsmann" handelte, als er seine Angebote an die trauernde Gattin eines noch nicht beerdigten Mannes versandte. Zu den Gepflogenheiten dieses Geschäftsmannes gehört auch der Versand seiner Zeitung an fürstliche Persönlichkeiten, sowie an Neu-Verlobte. Letzterer Kniff bezweckt, für den Fall, daß die Verlobung zurückgeht, rasch eine andere durch die Heiraths-Zeitung anzubahnen. Um dem Arm des Staatsanwalts zu entgehen, versendet der unverwüstliche Heirathsvermittler neuerdings seine Angebote nicht mehr an einzelne durch plötzlichen Todesfall auseinander gerissene Ehegatten, sondern an die Hinterbliebenen des betreffenden Verstorbenen.

Die Hähne dürfen wieder krähen. Wir berichteten kürzlich, daß einem Bewohner bei Lößnitz ein auf drei Mark lautendes Strafmandat zugestellt war, weil sich sein Hahn unterstanden hatte, vor 6 Uhr morgens zu krähen. Dem Mann wollte nicht recht einleuchten, daß sein Thier durch diese Ausübung seines Berufes groben Unfug begangen hatte und beantragte daher richterliche Entscheidung. Vom Schöffengericht Dresden ist der Besitzer des übelthuenden Hahns dieser Tage unter folgender Begründung freigesprochen worden: Das Schreien der Hühner und das Krähen des Hahnes bilde ein charakteristisches Merkmal des Landlebens; auch sei die sechste Morgenstunde auf dem Lande nicht mehr der Nacht zuzurechnen. Wer länger schlafen wolle, solle nicht auf dem Lande wohnen. Wir gratuliren den krähenden Hähnen, daß sie ungleich den Menschen jetzt wieder krähen dürfen, wie ihnen der Schnabel gewachsen ist.

Versammlungen.

Die Kontobuch-Arbeiter und -Arbeiterinnen hatten für Mittwoch Abend eine stark besuchte Versammlung einberufen, um über die von ihnen gestellten Forderungen zur Lohnbewegung zu berathen. Schulze berichtet namens der Lohnkommission über den gegenwärtigen Stand der Lohnbewegung unter den Arbeitern und Arbeiterinnen der Kontobuchbranche, die zwar im vorigen Jahre einen guten Erfolg versprach, leider aber nach der von der Kommission vorgenommenen Erhebung über die Betheiligung an einer Lohnbewegung, zu keinem günstigen Resultat führte. Denn an der Abstimmung über die gestellten Fragen betheiligten sich nicht einmal sämmtliche Organisirte, die wiederum nicht einmal die Hälfte der in der Branche Arbeitenden umfassen. Der Redner tadelt demzufolge die große Lässigkeit der Berliner Buchbinder gegenüber denjenigen in Stuttgart, München, Mannheim, Hannover, wo man noch diesen Herbst in eine Lohnbewegung einzutreten gedenke, mit Ausnahme von Leipzig, wo leider ebenfalls die Aussichten ungünstig sind. Die Lässigkeit und Theilnahmlosigkeit unter den Arbeitern und Arbeiterinnen der Kontobuchbranche habe die Kommission zur Ueberzeugung gebracht, daß voraussichtlich in diesem Herbst keine besonderen Forderungen werden gestellt werden können. Als solche waren ursprünglich in Aussicht genommen: für männliche Arbeiter ein Mindestlohn von 21 M. entsprechend auch bei Akkordarbeit, event. 33⅓ pCt. Zuschlag; für Arbeiterinnen 18,50, ungeübte 9 M. Mindestlohn, auch entsprechend für Akkordarbeiterinnen; für sämmtliche Arbeiter und Arbeiterinnen Bezahlung der gesetzlichen Feiertage. Die Forderung des Neunstundentages konnte nicht gestellt werden, da in den großen Fabriken derselbe bereits besteht, die kleinen Meister aber sich dagegen wohl ablehnend verhalten, während diese sonst bereits bessere Löhne zahlen als die großen Fabriken, wo die vervollkommnete Maschinentechnik die Preise immer mehr wie auch den Arbeiter selbst zur Maschine herabdrückt und die Zahl der Arbeiter verringert. So lange aber die Arbeiter nicht genügend organisirt sind und die Bessergestellten sich zurückhaltend zeigen, ist an eine Lohnbewegung garnicht zu denken. Diese Ausführungen des Redners riefen einige Bestürzung in der Versammlung und demzufolge eine recht lebhafte Diskussion hervor, an der sich abwechselnd eine Anzahl Redner betheiligten. Donath hält es für unbedingt nöthig, in eine Lohnbewegung einzutreten, da die einzelnen Theilarbeiten zu sehr herabgedrückt sind, für die man allein 15 pCt. Zuschlag fordern möge. Kusch meint, daß gerade kleine Fabriken bereits die Feiertage bezahlen. Hoffmann findet es nöthig, eine lebhaftere Agitation durch baldige Einberufung von Werkstätten-Versammlungen zu veranstalten. Frau Schulze verlangt auch für Arbeiterinnen einen bestimmten Prozentsatz bei Akkordarbeit. Ueber die Frage des Mindestlohns für Arbeiterinnen entspinnt sich noch ein längerer Streit, desgleichen darüber, ob man sämmtliche Forderungen mit Neunstundentag auf einmal oder später stellen solle, um einen Erfolg zu erringen. Jost warnt vor allzu hohen Forderungen wie all zu eilfertigem Vorgehen, bevor man nicht genügend agitirt habe. Tilgner meint, daß der Mindestlohn für Arbeiterinnen nicht für Anfänger oder Lernende, sondern nur für minder geübte gemeint ist. Schulze wendet sich gegen Jost, der immer „gewarnt" habe, anstatt die Kollegen für ein einheitliches Vorgehen anzuspornen; wenn auf seinen Vorschlag immer wieder nur Werkstubenversammlungen einberufen werden, sind wir im nächsten Jahre ebensoweit wie jetzt, da man energisch vorgehen soll. Jost verwahrt sich gegen die ihm gemachten Vorwürfe, da er seine Meinung auf die gemachten Erfahrungen stützt, wie z. B. bei den Kartonarbeitern, deren Streik wegen der überspannten Forderungen ins Wasser fiel; er werde sich trotz aller Anfeindungen von seiner Meinung nicht abbringen lassen. Tilgner tadelte das ganze Verhalten des Referenten Schulze, der anstatt zur Einigkeit zu ermahnen nur glaubte die Kontobucharbeiter zu tadeln; es sei überhaupt nöthig, daß die einzelnen Vertrauensmänner mehr zusammenhalten. Die Frage, ob die Kontobucharbeiter mit den Buchbindern zugleich in die Lohnbewegung eintreten sollen, wurde, nachdem Greiffenberg sie für überflüssig gehalten und sich Tilgner dagegen ausgesprochen, offen gelassen. Dagegen wurden die von der Lohnkommission formulirten Forderungen der Kontobucharbeiter einstimmig angenommen. Die Zeit, wann in die Bewegung einzutreten sei, wird in einer späteren Versammlung festgestellt werden.

Berichtigung. In dem Versammlungsbericht über die am Dienstag, den 8. d. M. stattgehabte Parteiversammlung für den zweiten Reichstags-Wahlkreis läßt mich der Bericht des „Vorwärts" bezüglich der Kandidatenfrage folgendes sagen:

„So sei im ersten Stadium der Wahlen . . ., — beginnend, und schließend: „. . . es sei dies ein Zustand, der einer eingehenden Aussprache auf der Konferenz bedarf." —

Hierzu habe ich zu erklären: daß dieser Passus meiner Rede nicht richtig in dem Bericht wiedergegeben ist. Zur Sache selbst habe ich ausgeführt:

„Unter anderen für uns (die Kommission) ausschlaggebenden Gründen, haben uns Mißstände, welche bei Aufstellung von Reichstags-Kandidaturen bemerkbar wurden, dazu Veranlassung gegeben, diese Frage auf die Tagesordnung der Brandenburger Konferenz zu setzen. Einer dieser Mißstände sei der, daß die Genossen in einzelnen Kreisen, besonders solche, die sich sehr oft als die Radikalsten aufspielen, bei denen nur der Mann mit der schwieligen Faust etwas gilt, die auch so lange, als in dem Kreis nur eine Bewegung vorhanden, nur einen Arbeiter — ganz unbesehen, ob der betreffende auch die nöthige Fähigkeit besitzt — als Reichstags-Kandidaten aufstellen; dieselben radikalen Leutchen stellen sich aber, sobald die Bewegung etwas in Fluß gekommen, d. h. Aussicht auf Erfolg bietet, auf den Standpunkt, daß dann plötzlich ein Arbeiter nicht mehr gut genug für die Kandidatur ist — dann muß es ein Schriftsteller sein, am liebsten ein solcher der den Doktortitel besitzt. Dabei ist es mir garnicht eingefallen, von nur Akademikern zu sprechen. Meine Kritik richtete sich vielmehr hauptsächlich gegen eine Art Schriftsteller, die eine akademische Bildung garnicht besitzen; gegen Personen, die aus irgend welchem Grund ihren bürgerlichen Beruf an den Nagel gehängt, deren ganze schriftstellerische Thätigkeit im Abschreiben besteht.

Gerade diese Leute sind es, welche schon aus rein wirthschaftlichen Gründen versuchen müssen, durch Erlangen von Ehrenämtern in der Partei bekannt zu werden, um dadurch leichter Absatz für ihre Geistesprodukte zu finden.

Daß auch ähnliche Gründe manchen Akademiker veranlassen nach demselben Ziele zu streben, wer wollte das wohl bestreiten? —

Gegen diese Art Streberthum habe ich mich — glaube ich — mit recht gewandt.

Es ist außerdem von mir ausdrücklich hervorgehoben, daß bei Aufstellung von Kandidaten nicht zuerst der bürgerliche Beruf des betreffenden in Frage kommen darf, sondern daß man in erster Linie die Fähigkeit, die Ueberzeugungstreue und den Opfermuth des Aufzustellenden zu prüfen habe.

Ob der Mann Schuster, Schneider oder Schriftsteller mit oder ohne Doktortitel ist, kann uns ganz gleichgiltig sein.

Diese Ansicht habe ich vertreten und werde ich, so lange man mir nicht die Unrichtigkeit derselben nachweist, auch auf dem Brandenburger Parteitag vertreten. Otto Antrick.

Arbeiter-Bildungsschule. Freitag Abend 9 Uhr bis 10½ Uhr: Südost-Schule, Waldemarstr. 14: Nationalökonomie. (Die Marx-Engels'schen Lehren. Werth, Mehrwerth, Kapital.) Herr Dr. Alfred Bernstein. — Nord-Schule, Müllerstr. 1788: Rede-Uebung. (Die wichtigsten Gesetze für die Kunst des öffentlichen Redens. Lehre vom Aufbau eines Vortrages.) Herr Heinrich Schulz. Die Schulräume sind zur Benutzung der Bibliothek und des reichhaltigen Zeitschriftenmaterials schon von 8 Uhr an geöffnet.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Vorsitzender Rd. Neumann, Pasewalkerstr. 3. Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kortum, Mantenffelstr. 49, v. 2 Tr.

Arbeiter-Raucherbund Berlins und Umgegend. Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Karl Stiller, Kleine Frankfurterstraße Nr. 7, 1 Tr.

Bund der geselligen Arbeitervereine Berlins und Umgegend. Alle Zuschriften, den Bund betreffend, sind zu richten an Hermann Jahn, Schönhauser Allee 177 c.

Witterungsübersicht vom 10. September 1896.

Stationen.	Barometerstand in mm, reduzirt auf 0. Meeresspi.	Windrichtung	Windstärke (Skala 1—12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (0°C. = 4°R.)
Swinemünde .	761	OSO	4	halb bedeckt	15
Hamburg . .	759	OSO	8	bedeckt	16
Berlin . . .	759	OSO	2	bedeckt	16
Wiesbaden . .	758	Still	—	halb bedeckt	14
München . .	760	W	2	heiter	14
Wien	—	—	—	—	—
Haparanda . .	767	W	2	wolkig	9
Petersburg . .	766	NO	1	wolkenlos	6
Cork	752	N	1	Nebel	14
Aberdeen. . .	754	SO	4	bedeckt	13
Paris. . . .	756	SW	4	Regen	14

Wetter-Prognose für Freitag, den 11. September 1896.

Ein wenig kühler, zeitweise heiter, vorherrschend wollig mit etwas Regen und mäßigen südlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Vermischtes.

„Auch die Götter müssen sterben." Diese Grabinschrift, die sich auf dem Friedhofe von Reinsdorf bei Wittenberg befindet, paßt der Geistlichkeit nicht. Sie hat an einen Herrn Winkler, der das Grabdenkmal mit diesem Spruche hat setzen lassen, die Aufforderung gerichtet, binnen 14 Tagen die Götterdämmerungs-Inschrift zu entfernen. Der Eigenthümer beharrt aber darauf, daß die geschichtlich längst erwiesene Wahrheit auch ferner auf dem Grabstein prange, und polemisirt jetzt in Zeitungs-Inseraten gegen die Pastoren. Ob die Angelegenheit mit einem Gotteslästerungs-Prozeß oder nur mit einem Verfahren wegen groben Unfugs enden wird, steht noch dahin.

Eine drollige Erklärung finden wir im Inseratentheil des „Reichs-Anzeigers" vom 7. September. Sie lautet: Hierdurch erkläre ich, daß ich direkter Anhänger Seiner Majestät bin, bin direkter Reichstreuer und verwerfe hierdurch das Gespräch, daß ich Anhänger der Sozialdemokratie wäre. Theodor Becher, Eisleben.

Bei einem schweren Gewitter, welches am Mittwoch in der Gegend von Münster in Westfalen niederging, wurden mehrere Bauernhöfe infolge Blitzschlages eingeäschert. Auch in dem Hauptthurm der Mauritiuskirche zu Münster zündete der Blitz, so daß ein Theil des Thurmgebälks ausbrannte.

Der Landgerichtspräsident Just in Dresden, bekannt durch seine ganz modern-sächsische Juristenschneidigkeit, ist vorgestern auf dem Wege zum Theater plötzlich vom Schlage getroffen worden und sofort gestorben.

Aus Brüx meldet ein Telegramm vom Donnerstag: In der vergangenen Nacht sind zwischen der Johnsdorferstraße und dem letztentstandenen Bruchgebiete, sowie am Bahnkörper der Aussig-Teplitzer Eisenbahn von neuem Erdsenkungen mit Rissen entstanden. Eine Vermehrung und eine Erweiterung der Risse ist wahrscheinlich. Bewohnte Gebäude sind nicht gefährdet. Der Bahnverkehr ist vorläufig eingestellt. Amtliche Erhebungen sind im Gange.

Wie die „Neue Freie Presse" aus Brüx meldet, ist letzte Nacht ein neuer Wassereinbruch in den Annahilfsschacht der Brüxer Bergbaugesellschaft erfolgt. Derselbe hatte eine neuerliche umfangreiche Erdbewegung in dem vorjährigen Verbruchsterrain zur Folge. Besonders schwer wurde der Bahnhof der Aussig-Teplitzer Eisenbahn betroffen, dessen Terrain eine wellenförmige Gestalt erhielt und nach allen Richtungen von Erdrissen durchsetzt wurde. Auch die übrigen Verbruchsgebiete zeigen neue Erdrisse. Drei Häuser einer neu erbauten Quergasse sind im Einsturze begriffen. Andere Häuser zeigen Risse und Sprünge. Das gesammte Verbruchsgebiet ist durch die Behörde abgesperrt. Der Wasserzufluß im Annaschachte soll noch andauern. Es werden daher noch weitere Erdsenkungen befürchtet. Die Nachts eingetretenen Erdsenkungen und Verbrüche sind, wie die „Neue Freie Presse" sagt, offenbar durch einen Wassereinbruch im Annaschachte verursacht worden.

Im Laufe des Tages fanden weitere Erdsenkungen statt. Im Bahnkörper bestehen drei, an der Johnsdorfer Straße zwei Pingen. Zwei früher schon beschädigte Häuser sind theilweise eingestürzt. Der Bahndurchlaß hat sich erheblich gesenkt. Die Verdämmungsarbeiten im Annahilfsschacht sind nahezu beendet.

Ueber ein Eisenbahnunglück wird aus Ostende vom Donnerstag berichtet: Heute früh 10¾ Uhr stieß der von Basel kommende Expreßzug bei der Einfahrt in den hiesigen Bahnhof mit einer Rangiermaschine zusammen. Beide Maschinen entgleisten. Der Heizer der Rangiermaschine wurde schwer verletzt, ebenso ein Schaffner des Expreßzuges. Ein Wagen mit Reisenden rannte in einen Schlafwagen hinein, der dem Expreßzuge angehängt war. Es wurde jedoch kein Reisender verletzt.

Der 7. internationale Friedenskongreß findet in den Tagen vom 17. bis 22. September in Budapest statt.

Erdstöße. Aus Rom wird berichtet: Mittwoch Abend wurden in Citerna ein und in Citta di Castello zwei ziemlich starke Erdstöße verspürt.

Ueber Nansen's Empfang in Christiania wird vom Mittwoch berichtet: Siebzig fast überfüllte Dampfer waren Nansen's Schiff „Fram" entgegengefahren, welches in Begleitung von 20 Schiffen in den Christiania-Fjord einfuhr. Alle Aussichtspunkte längs des Fjords waren von jubelnden Menschenmassen besetzt, welche den „Fram" mit begeisterten Hurrahrufen begrüßten. Die Begegnung der Schiffe bot einen unvergeßlichen Anblick. Der „Fram" ging sodann in der Piperviksbugt vor Anker, wo er von den Kriegsschiffen, den Vergnügungsdampfern und sonstigen Privatbooten umringt, von Kanonenschüssen und Musikkapellen begrüßt wurde. Zwischen einem Spalier von Segelbooten ruderte die Mannschaft des „Fram" nunmehr an Land. Als Nansen ans Land stieg, brauste enthusiastischer Jubel empor, in den die Musik einfiel. Dieselbe spielte einen Psalm, der von allen Anwesenden entblößten Hauptes angehört wurde. Nachdem man das Vaterlandslied gesungen hatte, trat Nansen die Fahrt nach dem Schlosse an, welche sich zu einem wahren Triumphzuge gestaltete. Als der Zug vor der Universität angekommen war, begrüßte Professor Schiötz den Forscher, dankte ihm für seine unermüdliche stille Arbeit, und rühmte seine Voraussicht, seine Energie und seine wissenschaftliche Einsicht. Nansen dankte sichtlich bewegt und entgegnete, er habe sich als Vorposten norwegischer Wissenschaft gefühlt.

Den höchsten Grad der Verrücktheit haben jetzt ohne Zweifel 2 Amerikaner, J. C. Barry und Kromann mit Namen, erreicht. New-York nach San Franzisko auf allen Vieren durch-

chrenen — gleich richtigem Vieh! Sie werden ihre Vorderpfoten in eine Art Stiefel stecken, die bis zu den Schultern reichen werden und damit sie niemand eines Schwindels beschuldigen kann, werden sie ihre Hinterfüße an ihrem Körper mittels eines eigens konstruirten Gürtels so befestigen lassen, daß ein „Mißbrauch", das heißt also eine menschliche aufrechte Stellung ausgeschlossen bleiben muß. Auf diese Weise hoffen die zwei Vierfüßler oder Vierhänder (wie man will) täglich 15 bis 20 Kilometer zu laufen.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Chiffre (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag, Freitag und Sonnabend von 6—7 Uhr abends statt.

A. T. 44. Die von Ihnen angeführte Bestimmung des Landrechts (§ 626 II, 2) besteht noch zu recht. — **P. Sch., Spandau.** 1. Nein. 2. Von demselben Vater: Ja. — **H. F. 42.** Ja. — **N. P.** Monatlich für jedes Kind bis zum zurückgelegten 6. Lebensjahr 12 bis 14, bis zum 14. Lebensjahr 14—18 M. ist angemessen. — **Friedrichshagen 100.** Sie könnten frühestens zum 1. April kündigen. — **A. N. Tischler.** Die Rückforderung ist unzulässig. Wie es scheint, ist es für Sie das rathsamste, der Erbschaft zu entsagen. Die Entsagungserklärung müßte aber spätestens innerhalb 6 Wochen nach dem Todestage dem Gericht übergeben sein. — **O. K. 100.** 1. Die Krankheitswochen werden mitgezählt. 2. Vom 11. August ab. 3. Die Berechnung der Höhe der Invalidenrente finden Sie im „Arbeiterrecht" Seite 195.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Freitag, den 11. Sept.

Opernhaus. Geschlossen.
Neues Opern-Theater. (Kroll.) Falstaff. Die Rose von Schiras.
Schauspielhaus. Wie die Alten sungen.
Deutsches Theater. Die Weber.
Lessing-Theater. Halb-Tugend (Les Demi-Vierges).
Berliner Theater. Sein erster Rausch. Hierauf: Bobi.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Der Hüttenbesitzer.
Residenz-Theater. Der Stellvertreter. Vorher: Erlauben Sie Madame!
Neues Theater. System Ribadier. Vorher: Besuch nach der Hochzeit.
Theater Unter den Linden. Die Lachtaube.
Schiller-Theater. Der Bureaukrat.
Belle-Alliance-Theater. 'n tolles Mädel.
Zentral-Theater. Eine tolle Nacht.
Alexanderplatz-Theater. Die offizielle Frau.
Thalia-Theater. Cousin-Cousine.
Ostend-Theater. Der deutsche Michel.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Friedrich-Wilhelmstädt. Konzertpark. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.
(Wallner-Theater.)
Freitag, abends 8 Uhr: **Der Bureaukrat.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Die Stützen der Gesellschaft.**

Central-Theater.
Alte Jakobstr. 30.
Direktion: Richard Schultz.
Freitag, den 11. September 1896:
Eine tolle Nacht.
Novität! Voranzeige. Novität!
In Vorbereitung:
Eine wilde Sache.
Große burleske Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von W. Mannstädt und Julius Freund. Musik von Julius Einödshofer.
Anfang 8 Uhr.

Friedrich Wilhelmstädt. Theater
Chausseestr. 25/26.
Direktion: Max Samst.
Der Hüttenbesitzer.
Schauspiel in 5 Akten nach dem gleichnamigen Roman von George Ohnet. Anf. 8 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorst.

Ostend-Theater.
Grosse Frankfurterstr. 132.
Direktion: Karl Weiss.
Freitag, 11. September 1896:
Der deutsche Michel.
Volksstück mit Gesang in 4 Akten von R. Kneisel.
Anfang 7½ Uhr. Kasseneröffnung 6 Uhr.

Alexanderplatz-Theater.
Direktion: Max Samst.
Zum 56. Male: Die offizielle Frau.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Viktoria-Brauerei
Lützowstrasse 111/112
Heute:
Stettiner Sänger
(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader.)
Anfang präzise 8 Uhr. Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. (siehe Plakate).
Zum Schluß:
Unsere Feuerwehr.
Letzte Woche der täglichen Soiréen in der Viktoria-Brauerei.
Sonntag, 13. September: Letzte Sonntags-Soirée daselbst; von da an finden die Soiréen der Stettiner Sänger nur Montags und Freitags in der Viktoria-Brauerei statt.

Urania.
Taubenstr. 48/49. Taubenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung
täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab.
Eintritt 50 Pf.
Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.

Sternwarte Invalidenstr. 57—62
Lehrt. Stadtbahnhof
täglich geöffnet von 7 Uhr abends ab.
Eintritt 50 Pf.
Im Theater-Saale täglich 8 Uhr abends Vorträge mit Experimenten und großen Lichtbildern ausgestattet.

Passage-Panopticum.

42 wilde Weiber aus **Dahomey.**

Castan's Panopticum.
Neu!! Neu!! Neu!!
4
hochsensationelle
Neuheiten
die ein **Jeder sehen muss!**

Thalia-Theater
(vormals: Adolph Ernst-Theater)
Dresdenerstr. 72/73.
Direktion: W. Hasemann, königl. preuß. Kommissionsrath.
Mittwoch, 16. September 1896:
Eröffnungs-Vorstellung.
Zum 1. Male:
Cousin — Cousine.
Vaudeville in 3 Akten von Maurice Ordonneau und Henri Kéroul. Musik von Gaston Serpette.
Deutsch von Bolten-Bäckers.

Spezial-Ausstellung KAIRO
Kasseneröffnung 10 Uhr vorm.
Von 7 Uhr nachm. ohne Gewerbe-Ausstellungs-Billet zugänglich.
Heute, Freitag, 11. Septbr.:
Grosses orientalisches Fest
mit Massen-Illumination des gesammten Kairo-Terrains.
5 u. 8 Uhr in der Arena:
Gala-Monstre-Schaustellungen der Bedninen.
Entrée ab 5 Uhr nachm. 1 Mark.
Kinder unter 12 Jahren die Hälfte.

Alt-Berlin.
Bei günstiger Witterung nachmittags 3, 5 und 7 Uhr:
Drei grosse historische Umzüge.
Zwei altdeutsche Musikkorps.
Süddeutsches Doppelquartett „Alemania".
Eintritt: 25 Pfg.

W. Noack's Sommer-Theater.
Brunnenstr. 16.
Täglich:
Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Elzevir.
Genrebild mit Gesang in 1 Akt.
Eine tolle Nacht.
Posse mit Gesang in 2 Bildern.
Jeden Sonntag, Montag, Dienstag und Donnerstag im Saal:
Großer Ball.
Vereinszimmer m. Piano, Albertstr. 45. 2245

Alcazar.
Variété und Spezialitäten-Theater I. Ranges.
Dresdenerstrasse No. 52/53.
Annenstrasse 42/43.
Vornehmster
Familien-Aufenthalt.
Vorstellung.
Durchweg neues Programm.
Grand-Konzert der neu engagirten Haus-Kapelle unter Leitung des Kapellmeisters Martin.
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Entree 30 Pf.
R. Winkler.

Feen-Palast
Burgstrasse 22.
Direktion: Winkler u. Fröbel.
Wiederholung
der mit so kolossalem Beifall aufgenommenen
Eröffnungs-Festvorstellung
30 Künstler.
Sensationelle Leistungen.
Tata-Toto urdrastische Pantomime
Anfang 7½ Uhr. — Sonntags 6 Uhr.
Entree 30 Pf.
Reservirter Platz 50 Pf.

Feldschlößchen
142 Müllerstraße 142.
Telephon: Amt Moabit 1213.
Sonntag, den 13. September cr.:
Grosses Konzert
und
Brillant-Pracht-Feuerwerk.
Anfang 4 Uhr. — Entree 20 Pf.
Säle zu Festlichkeiten u. s. w.
Theodor Boltz, Oekonom.

Arbeitsanzüge W. Pahr, Brunnenstr. 112.

Apollo-Theater.
Friedrichstr. 218. — Dir.: F. Glück.
Paola del Monte.
Otto Reuter.
7 Troubadours
u. s. w. u. s. w. u. s. w.
Kassenöffnung 7 Uhr.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Reichshallen.
Leipziger-Straße, am Dönhoffsplatz.
Täglich bis 30. September:
Norddeutsche Sänger
Stürmischer Heiterkeitserfolg von
Eingezogen oder: **Reservistenfreuden.**
Dazu zum 128. Male:
Die Ulkparodie:
Alle fünf Barrisons.
Anfang Sonntags 7 Uhr. — Entree 50 Pf.

Puhlmann's Vaudeville-Theater.
Schönhauser Allee 148.
Großes Spezialitäten-Programm.
24 Nummern.
Schlager auf Schlager.
Anfang 4 Uhr.
Entree 30 Pf. Reserv. Platz 50 Pf.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Ortsverwaltung Charlottenburg.
Sonntag, den 13. September 1896:
Grosses Herbstvergnügen
in „Bismarckshöhe", Wilmersdorferstr. 39.
Vokal- und Instrumental-Konzert.
Theater. Vorträge. Lebende Bilder.
Anfang 4 Uhr. — Entree 30 Pf. — Tanz 50 Pf. 299|20
Hierzu ladet ergebenst ein Das Komitee.

2 Vorstellungen täglich
Nachm. 5—7; Abends 9—11 Uhr.
Bolossy Kiralfy's „Orient"
Olympia
Riesentheater.
Grösstes Schauspiel der Welt! Ca. 1000 Mitwirkende!

Butter
findet bei fortwährend steigenden Preisen besten Ersatz in
Van den Bergh's Margarine,
unübertroffen
in Feinheit des Geschmacks, Fülle des Aromas und Fettgehalts.
Ueberall käuflich. Man verlange stets Van den Bergh's holländische Tafel-Margarine, auf der Ausstellung in Breslau (August 1896) in Anerkennung der Vorzüglichkeit der Qualität wiederum mit der ersten Auszeichnung: Ehrenpreis der Stadt Breslau und goldenen Medaille prämiirt. 5898L*

Hüte mit Kontrollmarke
(nur aus der Genossenschafts-Hutfabrik bezogen) verkauft im einzelnen zu Engrospreisen
billiger als jede Konkurrenz
Oscar Arnold, Hut-Engrosgeschäft,
116 Dresdenerstr. 116 am Oranienplatz. Kein Laden.

Sonntag, den 13. September:
Freund's Inselgarten Grosses Wurst- u. Wellfleisch-Essen
Pichelswerder. Lade alle Bekannte und Freunde ganz ergebenst ein. 59148*

Typographia.
Heute: Uebungsstunde (Arminhallen).
3026 Der Vorstand.

Neu! Neu!
Kaufmann's Variété
Olinska
Edison's Ideal!
Neu! Neu!

Von der Reise zurück.
J. Kallmann,
Kaiser Wilhelmstr. 18, II. Ecke Münzstr.
Sprechstd. für Zahnleidende von 8 Uhr vorm. bis 9 Uhr nachm.

Achtung! Achtung!
Künstl. Zähne v. 3 M. an, Theilz. wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Nervtödten bei Bestellung umsonst.
Guckel, Lausitzerplatz 2, Elsasserstr. 12, Steglitzerstr. 71, I.

Concordia
Kranken-Zuschuß-Kasse Versicherungs-Gesellschaft zu Berlin.
Gegründet 1888.
Als Mitglied kann jede gesunde Person, männlich, wie weiblich ohne ärztliche Untersuchung aufgenommen werden. 5858L*
Aufnahmen finden jederzeit statt bei
Emil Paul, SO., Adalbertstr. 71.
Gustav Bentler, N., Prinz Eugenstr. 21.

Sophastoffe auch **Reste** in Rips, Damast, Crêpe, Phantasie, Gobelin und Plüsch spottbillig!
Proben franko!
Läuferstoffe in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.
Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstraße 158.

Sargmagazin
und Beerdigungs-Comptoir von
J. Kosin, Georgenkirchstr 66.
Auf schriftl. Aufford. sofort. Erscheinen.

Verzugshalber
nach außerhalb verkaufe ganze Wirthschaft, 6 Zimmer Muschelmöbel, spottbillig. Kolbe, Reichenbergerstr. 160, I.

Fahrräder
prima Fabrikat, niedrigste Kassepreise, Theilzahlungen bei 50 M. Anzahlung und wöchentlich 5 M. gestattet.
Kleine Hamburgerstr. 24/25.

Verwaltung der Kochanstalt Städt. Schlachthof
Täglich (Sonntags vorm. von 7—9 Uhr)
Verkauf von:
Gekochtem Rindfleisch
à 80 u. 85 Pf. per Pfund.
Gek. Schweinefleisch
à 40 Pf. per Pfund. [5010L*

Wissen Sie schon
daß Sie **Brunnenstr. 110**
(neben dem Pferdebahn-Depot) bei Ignatz Sello vorzügl. Himbeer-, Kirsch- ꝛc. Fruchtsäfte, rein und dick, in feinst. Zucker eingek. 1.10 M. pr. Ltr., Stonsdorfer inkl. Orig.-Fl. (¾ Ltr.) à 80 Pf., Halb und Halb, feinste Likörmischung, Orig.-Flasche (¾ Liter) inkl. à 90 Pf., alten Nordhäuser per Liter 50 Pf., medic. Ungarwein Orig.-Fl. (½ Liter) inkl. von 90 Pf. an, sowie sämmtl. Sorten Weine, Cognac's, Rum's ꝛc., Spirituosen auch im Einzelverkauf nur zu Engrospreisen beziehen. Ein Versuch sichert mir Ihre dauernde Kundschaft. [5883L*
Bitte genau auf No. 110 zu achten.
Fernsprecher Amt III, 1211.

Rohtabak.
Grösste Auswahl! Billigste Preise.
Sämmtliche Fabrikations-Utensilien.
Heinrich Franck,
Nr. 185, Brunnenstraße Nr. 185.

Achtung! 5. Wahlkreis. Achtung!

Freitag, den 11. September 1896, abends 8½ Uhr, im „Alten Schützenhaus", Linienstr. 5:

Gr. Volksversammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Antrick.** 2. Diskussion. 3. Anträge zur Brandenburger Konferenz. 4. Wahl der Delegirten. 5. Verschiedenes.
Um zahlreichen Besuch bittet
218|3 **Der Vertrauensmann.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband

(Zahlstelle Berlin).
Montag, den 14. September, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Thiel, Fruchtstraße 36a:

Bezirksversammlung für den Osten.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Dr. Joël** über: Die moderne Entwickelung der Astronomie. 2. Diskussion. 3. Werkstattangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Die Kollegen werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.
Nichtmitglieder haben auch Zutritt.
76|18 **Die Ortsverwaltung.**

Heute Abend bei Schöning, Köpnickerstr. 68:
Sitzung der Ortsverwaltung.

Versammlung
des Verbandes deutscher Zimmerleute

(Zahlstelle Berlin)
am Sonntag, den 13. September cr., vormittags 10 Uhr, in den „Arminhallen", Kommandantenstr. 20.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn **Dr. Friedeberg** über: Werth der Statistik für die Arbeiter. 2. Neue Regelung des Kassenwesens. 3. Abrechnung vom 14. Stiftungsfest. 255|7
Kameraden zeigt, daß Ihr treu zur Organisation steht und erscheint vollzählig, mache daher besonders auf den 2. Punkt der Tagesordnung aufmerksam.
Der Vorstand. J. A.: **Hermann Küpker,** Berlin W., Golzstr. 17.

Verband der Sattler und Tapezirer

Filiale I (Zentrum).
Wegen des Stiftungsfestes der Filiale II (Norden) fällt die Mitglieder-Versammlung am 12. d. M. aus.
268/9 **Der Vorstand.**

Verein z. Wahrung d. Interessen sämmtlicher auf Holz- u. Kohlenplätzen, sowie Gasanstalten Berlins und Umgegend beschäftigten Arbeiter und Kutscher.

Sonntag, den 13. September 1896, nachmittags 6½ Uhr, bei Röllig, Neue Friedrichstr. 44:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom Stiftungsfest. 4. Aufnahme neuer Mitglieder und Verschiedenes.
Um zahlreiches, pünktliches Erscheinen ersucht
42/20 **Der Vorstand.** Konst. Purschke.

Möbelpolirer.

Sonntag früh 7½ Uhr: 290|10
Dampfer-Extrafahrt nach Schmöckwitz. Person 75 Pfg. inkl. Tanz.
Billets sind Blumenstr. 38 und Oranienstr. 197 zu haben.

Allgemeiner Verein der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands, Filiale Berlin.

Sonntag, den 13. September 1896, vormittags 10 Uhr, im Lokal des Herrn Babiel, Rosenthalerstraße 57:

Versammlung.

Tagesordnung:
1. Vortrag über: „Die Lebenshaltung des Proletariats". Referent: Genosse **P. Jahn.** 2. Verschiedenes. 196|4
Allseitiges Erscheinen dringend nöthig. **Der Vorstand.**

Bauanschläger Berlins und Umgegend.

Oeffentliche Versammlung

am Sonntag, den 13. d. Mts., vormittags 10½ Uhr, bei Buske, Grenadierstraße Nr. 33.

Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung des Gewerbegerichts-Beisitzers **Otto Schenker.** 2. Bericht des Delegirten zur Gewerkschafts-Kommission und Neuwahl eines solchen. 3. Gewerkschaftliches.
Die Kollegen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.
84|14 Der Delegirte **Alb. Bergau,** Frankfurterstr. 129.

Freie Vereinigung der Bauarbeiter Berlins.

Mitglieder-Versammlung

am Sonntag, den 13. September, vormittags 10½ Uhr, im Lokale des Herrn Wilke, Andreasstr. 26.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag. Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
Gäste willkommen.
81|18 **Der Vorstand.** J. A.: **Fritz Krüger.**

Knopfarbeiter

sämmtlicher Branchen.
Montag, den 14. September, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Wilke, Andreasstr. 26:

Gr. öffentl. Versammlung.

Tagesordnung: „Die Konkurrenz in unserem Gewerbe und wie treten wir derselben entgegen?" 289b
Der Einberufer: W. Krause.

Restaurant u. Festsäle

von

J. Wernau

Schwedter-Strasse 23/24.
Den Vereinen, Klubs, Gesellschaften 2c. empfehle ich meine auf das eleganteste eingerichteten großen u. kleinen Säle u. Vereinszimmer von 80, 100, 200 bis 500 Personen fassend, zu Versammlungen, Sitzungen, Arbeitsnachweisen, Hochzeiten und Festlichkeiten jeder Art.
2 verdeckte Kegelbahnen.
5915L* **J. Wernau.**

Danksagung.
Für die vielen Beweise der Theilnahme bei der Beerdigung meines geliebten Mannes, des Gastwirths Carl Scheibe, sage ich allen Freunden und Bekannten meinen tiefgefühlten Dank. 291b
Frau Wittwe **Scheibe** nebst Kindern.

Mittenwalderstr. 40,

3 Stuben, Küche, Zubehör 1. Okt. 96 zu vermiethen. 5741L*

Mühlenstr. Nr. 8,

nahe Oberbaum, sind vom 1. Oktober eine Wohnung von 2 Stuben u. Küche und eine Wohnung von 1 Stube und Küche billig zu vermiethen. [5829L*
Der Verwalter.

Möbl. Schlafst. für Herrn, Pr. 7 M., Grimmstr. 34 H. 2 Tr. b. Silakowski.

Möbl. Schlafst. zu vermiethen Neu-Kölln am Wasser 4 II l. 301b

---

Kreuzbergstr. 12, Werkstatt mit Lagerplatz f. Tischler od. and. Gew. sof. f. 320 M. zu verm. Näh. Wirth. *

Arbeitsmarkt.

Lohnenden Verdienst erwerben sich rührige Herren aller Berufsarten durch Acquisition von Feuerversicherungen in Berlin und Vororten für alte solide Feuerversicherungs-Gesellschaft, die die höchste Erwerbs- u. Abschlußprov. zahlt und noch besondere Vortheile gewährt. Off. sub A. Z. Postamt 8, Taubenstr.

Arbeitsburschen, von 14 bis 16 Jahren, verl. **Grassau & Heinrich,** Engel-Ufer 1b u. Andreasstr. 82. 282b

---

Tüchtige Stuhlbauer,

auch für Polsterstuhlgestelle, finden dauernde Beschäftigung. *H
Fr. A. Schütz, Leipzig.
Hofmöbelfabrik.

Zimmermacher,

circa 50 Mann, werden bei Veltener Lohntarif sofort verlangt und finden dauernde Beschäftigung auf **Mücke's Werke,** Lindow i. d. Mark, Bahnstation. Fahrpreis hin u. zurück 2,20 M.

Tüchtig. **Räderspanner** b. hohem Lohn und dauernder Beschäftigung sof. verlangt. Akt.-Ges. vorm. **J. Mehlich,** 293b Sophienstr. 21.

Nieter verl. **Gutmann & Meyer,** Mendelssohnstr. 2.

Barock-Vergolder u. Farbigmacher auf Leisten sof. verl. **Zander,** Schönebergerstr. 27. 300b

---

Panachekrauserinnen verl. Nawratzki, Wallstr. 24. 294b

Federboa-Arbeiterinnen verlangt Nawratzki, Wallstr. 24. 295b

Schildermaler verl. **Matthies,** Wilhelmstr. 130. 292b

Zentral-Arbeitsnachweis der Töpfer Deutschlands, Berlin, Rosenthalerstr. 57.
4 unverheirathete Ofensetzer erhalten in der Umgegend von Berlin sofort Arbeit. 196/15

Geübte **Belegerinnen** auf Goldleisten f. **Werkmeister,** Brunnenstr. 194.

Genossenschafts-Bäckerei

für Berlin und Umgegend.
(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.)

General-Versammlung

am Donnerstag, den 24. September, abends 8 Uhr, im Kintz'schen Brauerei-Ausschank, Alte Jakobstr. 83.

Tages-Ordnung:
Punkt 1. Vorlegung der Bilanz und Genehmigung derselben.
Punkt 2. Verschiedenes.

Bericht

der
88/15

Genossenschafts-Bäckerei für Berlin u. Umg.

(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht)
pro 1895|96.

Bilanz-Konto.

Aktiva.		Passiva.	
An Waaren-Konto	2 374 10	Per Kreditoren-Konto	8 956 90
„ Kassa-Konto	699 04	„ Akzept-Konto	22 000 —
„ Utensilien-Konto	10 160 88	„ Genossenschafter-Konto	272 95
„ Maschinen-Konto	4 039 39		
„ Debitoren-Konto	13 314 65		
„ Gewinn- u. Verlust-Konto	641 79		
	31 229 85		31 229 85

Gewinn- u. Verlust-Konto.

Debet.		Kredit.	
An 10 pCt. Abschreibung auf Utensilien	1 128 99	Per Waaren-Konto	41 132 32
„ desgl. auf Maschinen	448 82	„ Unkosten-Konto	905 07
„ Unkosten-Konto	41 101 37	„ Verlust-Konto	641 79
	42 679 18		42 679 18

Es hasten 755 Genossen mit 1050 Antheilen für einen Betrag von 5250 M. Freiwillig ausgeschieden sind 28 Genossen mit 55 Antheilen.
Der Kassenumsatz hat im Geschäftsjahr 1895/96 in Einnahme 173 877,76 M., in Ausgabe 173 178,72 M. betragen.

Einnahme.		Ausgabe.	
Bestand am 1. Juli 1895	1 690 11	A. Löhne an Bäcker	12 008 74
Erlös für Brot	154 199 40	„ Kutscher	7 057 —
„ „ Fußmehl	217 85	„ Verwaltung	4 580 —
„ „ Pferdedung	52 —	B. Fuhrwerk an Fourage	8 930 14
„ „ leere Säcke	1 883 65	„ Schmied	717 25
„ „ Pferde	91 —	„ Sattler	233 05
„ „ Holzkohlen	26 85	„ Stellmacher	293 05
„ „ Utensilien	544 95	C. Unkosten: Komtoir	442 60
„ „ Mehl	348 58	Bäckerei	187 25
Zurückerstattete Gerichtskosten	47 92	Trinkgelder	185 04
Vermiethete Räume	576 70	Beleuchtung	521 21
Baare Darlehen	14 199 25	Maschinenbetrieb	466 90
		Annoncen u. Reklame	216 40
		Gericht u. Anwalt	146 79
		Aufsicht	190 98
		Zinsen u. Darlehn	16 021 08
		Steuern	119 14
		Diverse	897 44
		Miethen	5 191 60
		Rollgeld	861 —
		Invaliden- u. Krk.-K.	481 59
		D. Waaren: Mehl	114 602 15
		Salz	837 80
		Holz	2 722 90
		Utensilien	822 62
	173 877 76		173 178 72

Die Bilanz liegt im Komtoir, Müllerstr. 84, zur Einsicht aus.
Der Vorstand.
A. Schweizer. K. Petersohn.

Große Berliner Schneider-Akademie,
System Kuhn, **seit 1880 im Rothen Schloß,** befindet sich **vom 1. September an** in den mit allem Comfort der Neuzeit ausgestatteten Prachträumen des Hohenzollernhauses **Berlin W., Leipzigerstr. 117|118.** Gründliche Ausbildung in der Herren-, Damen- und Wäscheschneiderei. Neue Kurse am 1. und 15. jeden Monats. Lehrbücher zum Selbstunterricht. Unentgeltlicher Stellennachweis. Prospekte gratis.
5505L Die Direktion.

R. F. Mittelstädt, Berlin N., Brunnenstr. 152.

R. F. Mittelstädt's Original-Löwenbitter ist aus passenden Kräutern abdestillirt, befördert vorzüglich die Verdauung und regt besonders den Appetit an.

In Fl. Mk. 0,60. 1,10. & 1,80.

Im Ausschank und in Flaschen überall zu haben.

Den geehrten **Vorständen der Vereine** zur gefl. Kenntniß, daß der **Saal** in
Kaufmann's Variété, Königskolonnaden 3,
zu **Matineen** und **sonstigen Vergnügungen,** unter **Mitwirkung** der **Mitglieder** meiner **Spezialitäten-Bühne,** zur Verfügung steht. **Gute Küche u. bestens gepflegte Biere.**

Medicin. Ungarwein

beste Qualität, à Literflasche 2,10 M., 5 Literfl. 9,25 M.
Alter Portwein und Malaga (Pajarete) à Fl. 1,50 M. 10 Fl. 13,50 M.
Medic. Panillac (abgelagerter Bordeaux) à Fl. 1,50 M. 10 Fl. 14,— M.
Ananas-Bowle, Pfirsich-Bowle à Fl. ¾ Liter 60 Pf.

Eugen Neumann & Co.,
Belle-Alliancepl. 6a. Neue Friedrichstr. 81. Oranienstr. 8. Gentinerstr. 29. Potsdam: Bäckerstr. 7. Charlottenburg: Kaiser Friedrichstr. 48.

Achtung! Maurer. Achtung!

Sonntag, den 13. September, vorm. 10½ Uhr, im Feenpalast,
Burg- und Wolfgangstraßen-Ecke:

Gr. öffentl. Generalversammlung der Maurer

Berlins und Umgegend.

Tagesordnung: 1. Wie stellen sich die Berliner Maurer zur Auflösung der Lohnkommission resp. Neuwahl derselben. 2. Die Mißstände auf Bauten und wie ist denselben am wirksamsten entgegen zu treten.
Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Kollegen.
181/7 **Die Lohnkommission der Maurer Berlins.**

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Schröder, Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.